

Bernhard Stahl:

„Bedrohung versus Chance – ‚Europa‘ in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs“

„Il faut faire l'Europe sans défaire la France.“

(Georges Bidault, MRP, 1953)

(Alain Juppé, RPR, 1992)

(Lionel Jospin, PS, 1997)

1. Einleitung

Frankreichs Rolle in der Geschichte der europäischen Integration wird gemeinhin mit ‚ambivalent‘ umschrieben: Auf der Haben-Seite stehen dabei zweifellos der Schuman-Plan, der Elysée-Vertrag sowie die Initiativen zur Währungsunion. Jedoch lassen sich ebenso leicht Beispiele für Blockadehaltungen finden, etwa die ‚Politik des leeren Stuhls‘ in den 1960er Jahren, das Veto gegen die Aufnahme des Vereinigten Königreichs in die Gemeinschaft oder das Verfassungsreferendum im letzten Jahr, das die Europäische Union in ihre schwerste Krise seit dem Luxemburger Kompromiss 1965/66 gestürzt hat. In den Augen der politikwissenschaftlichen Zunft sind diese Probleme mit Europa Ausdruck einer ‚identitären Dauerkrise‘, die seit den 1990er Jahren in Abhandlungen über Frankreichs ‚Realitätsverlust‘, ‚Niedergang‘ oder ‚Anpassungsproblem‘ thematisiert wird.¹

Die Studie versucht, Frankreichs ‚Ambivalenz‘ zu Europa und den erwähnten ‚Realitätsverlust‘ analytisch genauer zu fassen, wobei ein kombinierter Identitäts-Diskursansatz hierfür das methodische Rüstzeug liefern soll. Es wird dabei zu klären sein, welche Bedeutungen ‚Europa‘ in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs annimmt und wie sich diese Bedeutungen im Zeitablauf verändert haben. Dabei wird die These entwickelt, dass primär zwei Europainterpretationen um die Vorherrschaft ringen: Die in den 1950er und 1960er Jahren vorherrschende Deutung von ‚Europa als (sicherheitspolitische) Bedrohung‘ wurde in den folgenden drei Dekaden durch ‚Europa als (sicherheits- und wirtschaftspolitische) Chance‘ herausgefordert, bevor ‚Europa als (wirtschaftliche) Bedrohung‘ die Oberhand gewinnen konnte.

Das Vorgehen stellt sich wie folgt dar: In einem ersten Teil werden Theorie und Methode eingeführt, wobei dieser Teil aus Rücksicht auf die empirische Analyse kurz gehalten wird.² Die vorgestellte Methodik soll dabei zur Klärung zweier Fragen beitragen: Zum einen soll ein Analyseraster zur inhaltlichen Bedeutungsverschiebungen ‚Europas‘ zur Verfügung gestellt, zum anderen ein Anhaltspunkt für die politische Stärke der Argumentationen gegeben werden. Sodann werden die politisch relevanten Europa-Interpretationen und ihre

¹ Um nur einige für die Außenpolitik im weiteren Sinne zu nennen: Kolodziej 1974: 21, Howorth 1996: 31, Fontaine 1993: 54, Ross 1998: 1, Hoffmann 1993: 130f., Moreau Defarges 2002: 966, Christadler 1990.

² Für theoretisch interessierte Leser sei auf Stahl 2006: 42-60, Nadoll 2003 sowie die Arbeitspapiere des PAFE-Projekts verwiesen, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/liba/pafe.pdf>.

Veränderungen im Zeitablauf mit Hilfe eines Streifzugs durch wichtige außenpolitischen Debatten nach dem Zweiten Weltkrieg nachgezeichnet: Als Startpunkt dient die Debatte um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG, 1952-54), deren Europa-Interpretationen als Referenzpunkt für die folgenden Diskurse dienen können. Es folgen das Maastricht-Referendum (1992), die Auseinandersetzung um das GATT (1990-94) und der Kosovo-Krieg (1999) als wichtige Stationen der Umdeutung ‚Europas‘ in den 1990ern, und schließlich das Verfassungsreferendum als jüngster Beleg einer erneuten Bedeutungsverschiebung. Neben den drei unmittelbar europarelevanten Diskursen EVG, Maastricht und Verfassungsreferendum werden eine außenwirtschaftliche (GATT) und eine sicherheitspolitische (Kosovo) Debatte vor allem als ‚Kontrolldiskurse‘ gewählt, die den Befund der europaspezifischen Diskurse abzusichern helfen. Aufgrund des hier eingeschränkten Umfangs wird dabei auf Primärquellenanalyse weitgehend verzichtet und auf die andernorts vorgenommenen Analysen verwiesen. Zum Zweck der Übersichtlichkeit werden die Hauptargumentationen der Diskurse jeweils in Tabellenform abgebildet.

In den Schlussfolgerungen wird die französische Europakonstruktion im Hinblick auf die Zukunft Europas problematisiert, bevor ein kurzer Ausblick auf die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen den Beitrag abschließt.

2. Theorie und Methode

Die vorliegende Studie basiert auf einem kombinierten Identitäts-Diskursansatz, der auf ein Forschungsprojekt zur vergleichenden Außenpolitikforschung (PAFE) an der Universität Trier zurückgeht (Joerißen und Stahl 2003, Stahl 2006: 42-60). Sie steht in der Tradition konstruktivistischer Außenpolitikanalyse, wie sie von der Kopenhagener Schule (Hansen und Wæver 2002, Larsen 1997, Holm 1997) sowie dem Team um Thomas Risse in Deutschland popularisiert wurde (Marcussen et al. 1999, Risse 2001, Roscher 2003). Dabei zählen Identitätstheorien zweifellos zu den beliebtesten Konzepten im Rahmen der konstruktivistischen Ansätze der Internationalen Beziehungen (Wæver 2005: 34). Dabei wird „Identität“ zunächst allgemein definiert als “

(...) images of individuality and distinctiveness ('selfhood') held and projected by an actor and formed (and modified over time) through relations with significant 'others'”
(Jepperson et al. 1996: 59).

'Nationale Identität' soll hier als Sonderfall kollektiver Identität (Nadoll 2003: 167ff.) verstanden werden, die die Grundausrichtung einer Außenpolitik – nicht etwa eine einzelne Politikentscheidung – zu erklären hilft. Ein Identitätsansatz erscheint zur Erhellung von Frankreichs Beziehung zu 'Europa' deswegen gut geeignet, weil er das gesellschaftliche Verständnis des 'Eigenen' und des 'Fremden' in den Blick nimmt und sich so mit den „*social*

constructions of boundaries“ (Zølner 1998: 171) beschäftigt. 'Nationale Identität' weist folgende Eigenschaften auf:

- ein gemeinsames, sozial (re-)konstruiertes Verständnis einer gemeinsamen Geschichte,
- ein gemeinsames Verständnis von Zugehörigkeit zu einer Gruppe, einem Territorium oder/und einer Zivilisation oder Kultur (*belonging*),
- gemeinsame Institutionen als historische Ausprägungen und zugleich Bewahrer von Identität,
- die Betonung von nationalen Besonderheiten, die die eigene Nation von anderen unterscheiden helfen (die soziale Konstruktion von Grenzen und Unterschieden).

Die Herausbildung einer spezifischen Identität und ihre eventuelle inhaltliche Modifikation ist immer ein Produkt sozialer Interaktion und Kommunikation (Mead 1973: 222, 244f.). Insofern erscheint es konzeptionell plausibel, 'Identität' mit 'Diskursen' zu verknüpfen. Politische Diskurse erfüllen in demokratischen Gesellschaften verschiedene Funktionen: Sie formen politische Diskussionen, indem sie

- politische Ereignisse erklären,
- politische Handlungen rechtfertigen,
- historische Erinnerungen (re-)interpretieren und
- Identität (re-)konstruieren.

Dabei wird von der Prämisse ausgegangen, dass eine nationale Identität in Diskursen zum Ausdruck kommt. Ein gesellschaftlicher Diskurs ähnelt in diesem Verständnis einer sich ständig verändernden Baumkrone. Die einzelnen Blätter (Argumente) hängen an Zweigen ('Argumentationsmuster'), die wiederum zu Ästen ('Diskursformationen', vgl. folgende Seite) zulaufen. Am Ende laufen diese 'Diskursformationen' alle in einem Stamm zusammen, der die nationale Identität bildet. Der Stamm wiederum besteht aus verschiedenen Baumringen – hier 'Identitätselemente' genannt – die von vergangenen diskursiven Auseinandersetzungen künden. Ein **Identitätselement** soll quasi als ultimatives Argument verstanden werden, das einen Bezug zum Eigenen aufweist, z.B. ‚*Frankreich als Teil des Westens*‘ oder ‚*Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft*‘. Ein Identitätselement zeichnet sich also dadurch aus, dass ein Bezug zum eigenen Land hergestellt wird, der nicht weiter begründet wird, sondern als ‚konsensualer Ausgangspunkt‘ eines oder mehrerer Argumentationsmuster fungiert. Die Logik der Identifikation von Identitätselementen mit Hilfe der Analyse von Diskursen liegt somit darin, die argumentative Kette so lange zurückzuverfolgen, bis man auf

jenes Element stößt, das selbst nicht argumentativ hergeleitet wird und somit am Anfang der Argumentationskette steht.

Identitätselement I -> Argumentationsmuster 1 u. 2 -> Handlungsempfehlung A

Identitätselement I -> Argumentationsmuster 3 u. 4 -> Handlungsempfehlung B

Beispiel aus dem Diskurs zum Verfassungsreferendum:

Das europ. Frankreich	-> kann sein Sozialmodell exportieren	-> Ja zum Verfass.vertrag
Das europ. Frankreich	-> wird durch notwendige Reform der EU gestärkt	-> Ja zum Verfass.vertrag
Das europ. Frankreich	-> wird durch Ultra-Liberalismus geschwächt	-> Nein zum Verfass.vertrag
Das europ. Frankreich	-> soll distinktes Modell sein	-> Nein zum Verfass.vertrag

Wie das Beispiel zeigt, gilt es zu beachten, dass ein Identitätselement grundsätzlich für verschiedene Argumentationen und eben auch Handlungsempfehlungen offen ist.

Innerhalb eines Diskurses versuchen unterschiedliche politische Akteure, ihre Argumente als die vorherrschend geltenden zu etablieren – Diskurse sind somit immer Machtkämpfe (Torfing 2005: 15 u. 23). Gelingt es einer Gruppe von politischen Akteuren, sich mit einem identitätsbezogenen Argumentationsmuster durchzusetzen, haben sie die ‚Diskurshegemonie‘ erreicht (Nadoll 2003: 176). Der somit entstandene dominante Diskurs stimmt am meisten mit allgemeinen Erfahrungen und anderen Indikatoren für ‚Wahrheit‘ überein, ihn umgibt daher ein ‚Mantel der Normalität‘ (Hoffman und Knowles 1999: 15). ‚Diskurshegemonie‘ bedeutet dann nicht nur, über die Deutungsmacht zukünftiger Ereignisse zu verfügen, sondern auch über die vergangenen, mithin ermöglicht sie, die Geschichtspolitik (vgl. Winkler 2004) zu gestalten.

Ein bereits bekanntes identitätsgeprägtes, handlungsleitendes Argumentationsmuster, das von bestimmten Diskursträgern getragen wird, wird als **Diskursformation**³ bezeichnet (Nadoll 2003: 166f., Larsen 1997: 16f.). Diskursformationen spiegeln Grundelemente der Identitätskonstruktion einer Gesellschaft wider, die im Zuge vergangener Diskurse kommunikativ bestätigt wurden und daher recht stabil sind. Diskursformationen können mehrere Identitätselemente und mehrere Argumentationsmuster enthalten, die dann jedoch in relativ eindeutige außenpolitische Handlungsempfehlungen münden. Als analytisches Instrument für die Außenpolitikanalyse weist die Diskursformation einen bedeutenden Vorteil gegenüber gängigen innenpolitischen Untersuchungsobjekten – Parteien oder

³ Der Begriff wurde von Michel Foucault (1989: 13) in die Wissenschaft eingeführt. Die drei konkreten Diskursformationen für Frankreich finden sich im Anhang.

Parteienbündnissen – auf. Das Problem der Fokussierung auf Parteien ist, dass außenpolitische Orientierungen in Europa in der Regel quer zu den Parteien verlaufen. Diskursformationen berücksichtigen dies, indem sie verschiedene Parteifraktionen und gesellschaftliche Akteure entsprechend ihrer außenpolitischen Orientierung zusammenfassen. So werden unter der 'idealistischen Diskursformation' (vgl. Anhang) alle politischen und gesellschaftlichen Akteure subsumiert, die idealistische Argumentationen verwenden (wie etwa ein Gutteil der UDF und der ökologischen Parteien und Strömungen, eine kleine Minderheit der PS sowie die *nouveaux philosophes*). Diskursformationen strukturieren einen Diskurs also primär nach ihren Hauptargumenten, nicht nach ihren Hauptakteuren. Dies verspricht insbesondere dann von Vorteil zu sein, wenn anzunehmen ist, dass die gleichen Akteure ihre Argumente im Zeitablauf verändern und Argumentationen der politischen Gegner übernehmen – wie es in Frankreich in der Tat häufig zu beobachten ist (siehe Eingangszitat). Anders gesagt, das analytische Hilfsmittel der 'Diskursformation' erscheint viel versprechend, wenn auf außenpolitische Grundorientierungen und nicht auf einzelne Politikentscheidungen abgestellt werden soll.

Eine Bemerkung zur analytischen Umsetzung von 'Realitätsverlust' sei angefügt. In Diskursen spiegelt sich nicht einfach die objektive Wirklichkeit wider, sondern die soziale Interpretation von ‚Realität‘ (Milliken 1999: 236). So ist ein 'Realitätsschock' ein formatives Ereignis, das in einem gesellschaftlichen Diskurs mit Bezug auf konkrete Identitätselemente thematisiert wird und offensichtlich nicht zur vorherrschenden Interpretation der 'Realität' passen will. Wenn diese sozialen Interpretationen von Realität strukturell und dauerhaft von denen der europäischen Partner, der EU-Institutionen und der 'übrigen Welt' abweichen, bezeichnet dies einen 'Realitätsverlust'.

Ich werde also im Folgenden versuchen, den Identitätswandel Frankreichs durch zeithistorische 'Längsschnitte' deutlich machen. Dabei beginne ich mit der wichtigsten Debatte nach der Dreyfus-Affäre, der Auseinandersetzung um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in den 1950er Jahren. Sie bildet das identitäre Europaverständnis, auf dem die folgenden, jüngeren Debatten aufbauen. Dabei werde ich zunächst kurz auf den *Kontext* der Debatte eingehen, dann die *Hauptargumentationen* – vor allem tabellarisch – identifizieren, bevor die *Schlussfolgerungen* die Ergebnisse im Lichte der Fragestellung interpretieren.

3. Europa in den außenpolitischen Diskursen Frankreichs

3.1 Der französische Diskurs zur EVG (1952-54) – zu viele Bedrohungen durch Europa

Der Kontext

Die französische IV. Republik sah sich nach der Befreiung durch die Alliierten 1944 bis zum Übergang zur V. Republik (1958) einer doppelten Herausforderung ausgesetzt: Einerseits galt es, das System nach der Niederlage im Weltkrieg, dem Vichy-Regime sowie der deutschen Besatzung wirtschaftlich wie politisch zu stabilisieren, andererseits wurde es mit großen außenpolitischen Herausforderungen (Dekolonisation, Kalter Krieg, Deutschlandfrage, europäische Einigung) konfrontiert. Die IV. Republik war durch häufige Regierungswechsel gekennzeichnet; das Land blieb manchmal monatelang ohne Führung. Unter diesen Bedingungen zeigte sich das System von den außenpolitischen Turbulenzen überfordert, und die vielbeschriebene ‚Agonie der IV. Republik‘ fand schließlich durch die Algerienkrise ein Ende.

Nachdem sich der Ost-West-Konflikt Ende der 1940er Jahre verfestigt hatte, forderten die USA zusehends eine Aufrüstung West-Deutschlands, insbesondere nach Beginn des Korea-Krieges 1950 (Fauvet 1960: 166). Am 23.10.1950 präsentierte Ministerpräsident Pleven überraschenderweise den nach ihm benannten Plan zur Aufstellung einer europäischen Armee, die folgende Elemente aufweisen sollte:

- einen Ministerrat sowie einen von den Regierungen ernannten Verteidigungsminister,
- eine Integration der nationalen Streitkräfte ab Batallionsstärke, weder einen deutschen Generalstab noch ein Verteidigungsministerium für die Bundesrepublik,
- die Integration des Militärkommandos in den NATO-Rahmen,
- die Beibehaltung nicht-integrierter französischer Streitkräfte für Übersee-Aufgaben.

Mehrere Regierungen der IV. Republik unterließen es in der Folge, die Verträge dem Parlament vorzulegen. Der Radikalsozialist Mendès France präsentierte schließlich den Vertragsentwurf der Nationalversammlung (AN) unter der Maßgabe, dass seine Regierung bei der Abstimmung neutral bleiben würde. Am 30.8.54 lehnte die AN eine weitere Beratung über die EVG mit 319 zu 264 Stimmen ab:⁴ Das Projekt einer europäischen Verteidigung war endgültig gescheitert. In der Folge kam es zu raschen internationalen Verhandlungen, die die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der der NATO zum Ergebnis hatten. Die Verteidigung Europas war damit grundsätzlich atlantisch organisiert und es sollte über 40 Jahre dauern, bis ein Verteidigungsarm der EU in Form der ESVI/ESVP wieder ein Thema wurde.

⁴ Die Fraktionen und Parteien stimmten wie folgt (Gegenstimmen/Prostimmen): PCF (Kommunisten): 99/0, SFIO (Sozialisten): 53/50, PR (Radikalsozialisten): 34/33, UDSR (gemäßigte Linke): 10/8, MRP: 2/80, Modérés (Gemäßigte): 44/79, Indépendants (Unabhängige): 3/11, RPF (Gaullisten): 67/2, Nicht-Eingeschriebene: 7/1.

Im Folgenden wird die französische Debatte um die EVG (frz.: *CED*) zwischen 1950 und 1954 – vor allem aber zwischen 1952 und 1954 – näher betrachtet. In der Debatte spaltete sich die politische Klasse Frankreichs in die Lager der EVG-Befürworter und Gegner: *cédistes* und *anti-cédistes* (Moreau Defarges 1994: 130f.). Dabei verliefen – mit Ausnahme der kommunistischen PCF sowie der MRP⁵ – die Bruchlinien innerhalb der Parteien (Siegfried 1959: 153).

Die Argumentationen

Ein idealistischer Argumentationsstrang vor allem in der MRP sah in der EVG das richtige Instrument zur schrittweisen Überwindung des Nationalstaats und der erneut in Europa aufkeimenden Nationalismen. Bei Robert Schuman findet sich zudem eine explizite Verankerung in Europa als „christlichem Abendland“ (Dettke 1981: 239f.). Dieses idealistische Motiv, gepaart mit einem eher föderalistischen Europabild, war zwar parteiübergreifend, aber insgesamt eher schwach im Diskurs vertreten. Gaullistische und kommunistische *anti-cédistes* griffen dieses Europabild scharf an, und die MRP musste sich Beschimpfungen wie *„Munichois“*, *„Vichyistes“* und *„parti de l'étranger“* gefallen lassen (Rioux 1985: 165).

Selbst unter den *cédistes* war eine eher realistische⁶ Argumentation vorherrschend. So argumentierten die 'Atlantiker' dass die sowjetische Bedrohung und die Notwendigkeit, Deutschland zu kontrollieren eine feste Einbindung an die USA und Grossbritannien erforderten (Hoffmann 1956: 74-76). Da die deutsche Wiederbewaffnung unausweichlich schien, war die EVG 'das geringste Übel', wie es Schumans Nachfolger als Außenminister, Georges Bidault (MRP) ausdrückte. Die EVG war ein geeignetes Instrument, Deutschland an den Westen zu binden, die Gefahr eines neuen 'Rapallo' auf diese Weise zu minimieren und ein Wiedererwachen eines deutschen Nationalismus zu verhindern. Eine weitere Argumentationslinie – vor allem unter den Sozialisten populär – basierte auf der Idee eines 'Europa der Dritten Kraft', das perspektivisch neben den beiden Supermächten entstehen sollte (Zeraffa-Dray 1993: 238). Aber diese verschiedenen Argumentationen zugunsten einer europäischen Verteidigung wiesen ein Dilemma auf: Je mehr die USA an die EVG heran geführt werden würde desto weniger autonom würde die EVG sein und desto weniger würde sie als Dritte Kraft fungieren können (Loth 1995: 195).

⁵ Die *Mouvement Républicain Populaire* war seit 1944 eine Partei der christlichen Mitte, die die europäische Integration stets bejaht hat. Wichtigste Diskursträger waren der langjährige Außenminister Robert Schuman sowie die Ministerpräsidenten Pierre Pflimlin und Georges Bidault. Sie ging später im Parteienbündnis UDF auf.

⁶ Hier wird auf eine Einteilung Bezug genommen, die Raymond Aron (1956: 12) vorgenommen hat. Mit 'realistisch' ist gemeint, dass die Argumente in der Tat Elemente Realistischer Theorien der Internationalen Beziehungen aufwiesen, vor allem das Denken in Bedrohungen, relativen Machtgewinnen und das Gleichgewichtsmotiv.

Die *anti-cédistes* nahmen verschiedene Positionen gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung ein. Eine extreme Position bezogen die Kommunisten, die sie rundheraus ablehnten und die Stalin-Note als ein Zeichen der Kooperationsbereitschaft Moskaus verstanden. Demgegenüber erachteten eine breite Mehrheit der Gaullisten und auch des Militärs eine Wiederbewaffnung als notwendig, lehnten jedoch ein Zusammengehen von deutschen und französischen Verbänden ab. Immerhin seien große Teile der Armee in Indochina gebunden, die EVG würde weitere Kräfte binden und so Frankreich schwächen: *“La CED réarme Allemagne et désarme la France!”* (Fauvet 1956: 37). Im Übrigen stießen sich die Gaullisten, aber auch die jakobinischen Flügel der *Parti Radical*⁷ und der Sozialisten (SFIO) vor allem am Prinzip der Souveränitätsabgabe (de Carmoy 1970: 35) und beharrten auf einem ‚Europa der Nationen‘. In dieser Perspektive könnte Frankreich dann auch ein Modell für Europa sein. Würde demhingegen die EVG verabschiedet, so formulierten es die Gaullisten drastisch, *„L'Europe sera construite sur le cadavre de la France“* (Fauvet 1956: 37).

Blicken wir auf die Argumente im Überblick:

<i>Identitätselemente (ultimative Argumente)</i>	<i>Argumentationsmuster</i>	<i>Handlungsempfehlung</i>
Bewahrung Frankreichs	<ul style="list-style-type: none"> • EVG als Tod der <i>nation</i> • Endziel eines Europa der Nationen 	contra EVG contra
Frankreich als Teil eines Europas der Dritten Kraft	<ul style="list-style-type: none"> • Neutrales Deutschland möglich • Einfluss der USA zu groß • Fernziel eines 'europäischen Europa' 	pro/contra pro/contra pro/contra
Frankreich als Großmacht	<ul style="list-style-type: none"> • Starkes Frankreich als Modell für Europa • Bedrohung durch UdSSR • Gefahr des Wiedererstarken Deutschlands • EVG schwächt Frankreichs militärische Kraft • EVG als Mittel zur Kontrolle Deutschlands 	contra pro/contra pro/contra contra pro
Frankreich als Teil des christlichen Abendlandes	<ul style="list-style-type: none"> • Endziel der Vereinigten Staaten von Europa 	pro
Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Überwindung des Nationalismus • Endziel der Vereinigten Staaten von Europa 	pro pro
Frankreich als Teil des Westens	<ul style="list-style-type: none"> • Anbindung der USA nötig • Allianz mit UK essenziell 	pro pro/contra

Tabelle 1. Die EVG-Debatte (zusammengefasst aus: Stahl 2006: 112-124)

⁷ Die *Parti républicain radical et radical-socialiste* (PR) wurde 1901 gegründet und versteht sich als Vertreter des laizistisch-republikanischen Ideals. In ihren Reihen fanden sich u.a. die Ministerpräsidenten Edgar Faure, Pierre Mendès France, Henri Queuille, René Mayer und Edouard Daladier. Die Partei ging später im Parteienbündnis UDF auf.

Schlussfolgerungen

In der EVG-Debatte wurde bereits die grundsätzlichen Europakonzeptionen und ihre Kräfteverhältnisse deutlich. Die 'Idealisten' – deren Argumentationen sich in einer *Schicksalsgemeinschaft* oder dem *christlichen Abendland* ankerten - bildeten dabei eine Minderheit. Deutlich erkennbar ist, dass die Europabegeisterung, die die unmittelbare Nachkriegszeit noch gekennzeichnet hatte, zu diesem Zeitpunkt bereits fast vollständig verschwunden war. Das 'affektive Europa' sollte auch in den folgenden Jahrzehnten in Frankreich schwach bleiben.

Eine breite Mehrheit sowohl der *cédistes* wie der *anti-cédistes* argumentierte 'realistisch' (vgl. Fußnote 6). Einen Wert an sich verkörpert Europa als Kategorie eines '*Europa der Dritten Kraft*', ansonsten wird Europa instrumentell und überwiegend als Frankreich äußerlich konstruiert. In der Debatte siegten die Bedenkenräger, die die Bedrohung durch Deutschland obenan stellten und die EVG als amerikanisches Vehikel einer deutschen Aufrüstung zu diskreditieren vermochten.

Die Ablehnung der EVG durch die Allianz der Gaullisten, Kommunisten und die Hälfte der Sozialisten führte indes zu einer Realität, die sich eigentlich vom Idealbild der *anti-cédistes* weiter entfernte: Der Beitritt Deutschlands zur NATO bedeutete eine rasche deutsche Aufrüstung, stabilisierte den Blockantagonismus und den amerikanischen Einfluss in Europa und verbannte das militärische Europa für Jahrzehnte in den Bereich der Visionen. Anders gesagt, hätte eine Aufrüstung Deutschlands im Rahmen der NATO als Alternative zur EVG gestanden, hätten die Inkonsistenzen in der Argumentation der *anti-cédistes* bei weitem eher eine Chance gehabt, aufgedeckt zu werden. Aber ungeachtet dessen stabilisierte sich das Welt- und Europabild des siegreichen EVG-Gegner als 'gaullistischer Konsens' – der 'Realitätsverlust' in der Außenpolitik war so strukturell vorgezeichnet.

3.2 Von der EVG nach Maastricht – das Aufkommen der 'zwei realistischen Frankreich'

In der EVG-Debatte ist deutlich geworden, dass die idealistische Diskursformation auf schwachen Füßen stand, vielmehr wurde der Diskurs von einer 'realistischen' Diskursformation dominiert, deren Spaltung sich jedoch in Bezug auf den Umgang mit Deutschland bereits angedeutet hatte.

Angesichts der Diskurshegemonie der realitätsfernen Europabilder kam die Verabschiedung der EWG/Euratom-Verträge 1956 einem kleinen Wunder gleich (Parsons 2000: 52ff.). Die Zustimmung Frankreichs war glücklichen Umständen – nicht zuletzt dem Engagement der Regierung Mollet - geschuldet und gelang vor allem, weil die Wirtschaftsgemeinschaft argumentativ und faktisch mit der Atomgemeinschaft verknüpft wurde (Küsters 1989: 224).

De Gaulles Außenpolitik in der Fünften Republik kann als Versuch interpretiert werden, eine Modifikation des eigenen Weltbildes zu vermeiden und stattdessen die Realität wieder näher an das dominierende Welt- und Europabild heranzuführen. Die Beispiele hierfür sind bekannt: Direktoriumsvorschläge an die USA, die Fouchet-Pläne, das Veto gegen die Aufnahme des Vereinigten Königreiches, die Blockade der europäischen Institutionen und der Freihandelszone im Rahmen der OECD sowie der Austritt aus dem militärischen Teil der NATO. Doch der Erfolg dieser Anstrengungen war begrenzt: Direktoriums- und Fouchet-Pläne scheiterten, die NATO-Politik blieb vor allem symbolisch, die Nord-Erweiterung gelang unter de Gaulles Nachfolger Pompidou und der Luxemburger Kompromiss sicherte den Fortbestand der europäischen Integration: Frankreichs Europapolitik war Ende der 1960er Jahre an einem Tiefpunkt angelangt (Lucas 1992: 387). Auch die Initiativen Pompidous für eine Währungsunion auf dem Haager Gipfel 1969 blieben aufgrund der Währungsturbulenzen der frühen 1970er Jahre zunächst folgenlos. Erst unter Giscard gelang zusammen mit Deutschland Ende des Jahrzehnts ein neuer Impuls zur weitergehenden Integration.

Mit dem Amtsantritt der ersten sozialistischen Staatspräsidenten 1981 veränderte sich die Regierungsrhetorik. Untersucht man die Äußerungen Mitterrands, so stellen sich im Wesentlichen drei Begriffe heraus, die Mitterrand wiederholt verwendete, um seine Idee von der Gestalt Europas kundzutun. Es handelt sich dabei um den Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“, des „gemeinsamen Hauses Europa“ und der „Europäischen Konföderation“ (Joerißen 2001: 68). Diese 'idealistische' Rhetorik fand jedoch kaum Eingang in die faktische Außenpolitik, was an den Zuschreibungen der Analytiker vom „rosa Gaullisten“ (Kolboom 1991: 146) und Hoffmans (1987) Diktum von „*Mitterrand's Foreign Policy, or Gaullism by any other Name*“ abzulesen ist. Es war dann das Scheitern der sozialistischen Wirtschaftspolitik unter Mitterrand Anfang der 1980er Jahre, das die 'Kehre' in der französischen Integrationspolitik einläutete und die Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 ermöglichte.

Henrik Larsen (1997: 95ff.) diagnostiziert für Frankreich zwei dominante Diskurse in den 1980er Jahren, von denen einer – in traditioneller gaullistischer Manier (dominant 1981-84) – Frankreich und Europa getrennt konstruiert, Europa bleibt in diesem Verständnis Frankreich äußerlich. Im zweiten Diskurs findet sich, dass einige nationale Aspirationen auf die europäische Ebene transponiert werden, Frankreich mithin auch über Europa handelt (1984-1990). Dieser 'Kehre' wurde bisweilen sehr große Bedeutung für einen grundsätzlichen Zäsur in der Europapolitik beigemessen (Marcussen et al. 1999: 629, Holm 1997: 34), die Debatten um Maastricht und das GATT werden zeigen, wie substantiell die Veränderung der französischen Identität und seiner dominierenden Europabilder war.

3.3 Die Debatte zum Maastricht-Referendum (1992) – das nützliche Europa

Der Kontext

Am 11. Dezember 1991 einigten sich die Staats- und Regierungschefs in Maastricht nach harten Verhandlungen auf die bis heute weitreichendste Reform der Europäischen Gemeinschaften: Die Politikfelder der neu geschaffenen Europäischen Union wurden ausgeweitet, das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen bestätigt und die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments gestärkt. Zudem wurde die Integration durch die Einführung einer Unionsbürgerschaft und den Beschluss, eine gemeinsame Währung einzuführen, bekräftigt. Nachdem die Außenminister am 7.2.1992 den Vertrag unterschrieben hatten, begann das Ratifikationsverfahren in allen Mitgliedstaaten. Aufgrund des dänischen Neins sowie des Urteils des Bundesverfassungsgerichts konnte der Vertrag jedoch erst zum November 1993 in Kraft treten.

Am 3. Juni hatte Präsident Mitterrand angekündigt, die Maastrichter Verträge – genauer das Ratifikations-, nicht aber das Verfassungsänderungsgesetz – einem Referendum zu unterwerfen und öffnete damit den Diskurs. Als Motive für Mitterrands Entscheidung – Joseph Rovin (1992: 476) bezeichnete dies als „geradezu unbeschreiblichen politischen Leichtsinns“ – werden zum einen das Bestreben genannt, Frankreichs führende Rolle im Integrationsprozess auch nach außen hin zu dokumentieren, zum anderen jedoch auch das Kalkül, die Opposition zu spalten und so die sozialistische Regierung zu stabilisieren (Appleton 1992: 1f.). Nach den Debatten im Parlament fand die Auseinandersetzung zwischen Juni und September 1992 vor allem in der Öffentlichkeit statt. Im Endergebnis stimmten die Franzosen am 20.9.1992 mit 51,04% knapp für den Vertrag.⁸ Am 23. September ratifizierte Frankreich den Vertrag zur Europäischen Union.

Nach übereinstimmender Beurteilung der Beobachter handelte es sich bei der Maastricht-Debatte um die wichtigste und heftigste außenpolitische Debatte seit der Auseinandersetzung um die EVG und löste eine „Krise der französischen Identität“ (Kassim 1997: 168) aus. Die Trennlinie der beiden großen diskursiven Lager verlief quer durch die drei großen Parteien der Mitte, Sozialisten (PS), Gaullisten (RPR) und Zentrum (UDF), sowie der Grünen (Criddle 1993: 231ff.). In den folgenden Jahren sollte dieses Schisma das Parteiensystem weiter beschäftigen, und es ist zu Spaltungen und Vereinigungsbemühungen gekommen. Lediglich die extremen Parteien, Kommunisten (PCF) und *Front National* (FN) votierten

⁸ Die Wahlbeteiligung betrug nur 67%. Zur Auswertung der Wahl siehe: O. Duhamel und G. Grunberg: „Référendum: les dix France“, in: *Le Monde* v. 22.9.1992, S.1 u.7.

relativ geschlossen gegen Maastricht. Die Kommunisten wurden dabei von der Gewerkschaft CGT, linken Intellektuellen wie dem Historiker Max Gallo und weiteren Dissidenten der PS und RPR im *Comité pour une autre Europe* unterstützt (Appleton 1992: 8). Auf Seiten der Sozialisten (PS) gelang es Staatspräsident Mitterrand zusammen mit Europaministerin Elisabeth Guigou, Bernard Kouchner und Jack Lang, die große Mehrheit der Partei für ein ‚Ja‘ zu gewinnen. Lediglich der ehemalige Verteidigungsminister Chevènement mit einer kleinen Gruppe von ‚Links-Jakobinern‘ plädierte für eine Ablehnung des Vertrages.⁹ Auch die bürgerlichen Parteien der Mitte demonstrierten – vor allem aufgrund des Einsatzes von UDF-Chef Giscard d’Estaing – eine breite Zustimmung zum Vertrag. Nur der UDF-Politiker Philippe de Villiers zog es vor, einen *combat de valeurs* gegen Maastricht zu initiieren.¹⁰ Trotz seiner Isolierung in der Parteispitze gelang es ihm, viele lokale UDF-Politiker und mehr als ein Drittel der UDF-Wählerschaft auf seine Seite zu ziehen (Criddle 1993: 232). Überwiegend zustimmend zu Maastricht zeigten sich die Katholische Kirche sowie die Industrie. Am tiefsten gespalten waren die Gaullisten (RPR). Zwar stimmte die Parteispitze (Chirac, Balladur) dem Vertrag leidenschaftslos zu, doch zwei ehemaligen Ministern (Séguin, Pasqua) gelang es, etwa die Hälfte der RPR-Anhänger für sich zu gewinnen und eine medienwirksame Gegenkampagne zu lancieren. In entscheidenden Voten, wie beispielsweise im Senat, zog es die gaullistische Sammlungsbewegung vor, sich der Stimme zu enthalten. Die grünen Parteien vermieden ebenfalls eine offizielle Stellungnahme, da die Meinungen zu sehr divergierten (Appleton 1992: 9f.): Zwar waren ihre Führungspersonlichkeiten Antoine Wächter (*les Verts*) und Brice Lalonde (*Génération écologie*) für eine Ratifikation, doch präsentierte sich die Gegenseite um Dominique Voynet und Alain Lipietz auf dem Parteikongress Ende August gleich stark (Appleton 1992: 9). Die Lager könnten auch nach ihren verschiedenen institutionellen Europavorstellungen unterschieden werden, sie wurden in der Folge der Maastricht-Debatte mit den Begriffen ‚*souverainistes*‘ und ‚*intégrationnistes*‘ belegt.

⁹ Jean-Pierre Chevènement stand an der Spitze der Gruppe ‚*Socialisme et République*‘ innerhalb der PS, die ca. 8% der Mitglieder repräsentierte. Nach der Maastricht-Debatte trat er aus der Partei aus, um eine ‚*Mouvement des Citoyens*‘ (MDC) zu gründen.

¹⁰ Philippe de Villiers, Autor des Buches ‚*Notre Europe contre Maastricht*‘, wurde durch den Feldzug gegen den EUV landesweit bekannt und gründete später mit dem gaullistischen Renegaten Charles Pasqua die *Rassemblement pour la France et l’indépendance de l’Europe*.

Die Argumentationen

<i>Identitätselemente (ultimate Argumente)</i>	<i>Argumentationsmuster</i>	<i>Handlungsempfehlung</i>
Das europäische Frankreich	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Vehikel f. Modernisierung und Wohlstand • Europa als Bedrohung f. Frankreichs Wirtschafts- und Sozialmodell • Nicht EG, sondern (Pan-)Europa richtige Bezugsgröße 	pro EUV contra contra
Bewahrung Frankreichs	<ul style="list-style-type: none"> • Europa als Medium frz. Werte • Europa als Bedrohung der <i>nation</i> 	pro contra
Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Europe puissance</i> • Verbess. d. Wettbewerbsfähigk. gg. USA/Asien • Europa als Spielball von US-Interessen 	pro pro contra
Frankreich als Großmacht	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust d. eigenen Ranges • Bedrohung durch 'deutsches Europa' • EU als Mittel zur Einbindung Deutschlands 	contra contra pro
Frankreich als Teil einer europ. Schicksalsgemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Dt.-frz. Versöhnung als Basis der europ. Einigung 	pro

Tabelle 2. Das Maastricht-Referendum (zusammengefasst aus: Stahl 2006: 125-140)

Schlussfolgerungen

In den parlamentarischen Debatten bis Juni war das Kalkül Mitterrands weitgehend aufgegangen: Die RPR war gespalten, und der Regierung war es gelungen, ihre Vorstellungen mit großen Mehrheiten durchzubringen. In den nächsten zwei Monaten zeigten sich die wichtigsten *intégrationnistes* – Mitterrand, Chirac und Giscard – unwillig, in den Diskurs einzutreten. So verzichtete Chirac beispielsweise darauf, die RPR auf eine Linie festzulegen und äußerte sich zum EUV ‚nur als Privatmann‘ (Roscher 2003: 187). Die Parteiführer überließen damit das Feld den Partei-Renegaten Pasqua, Séguin, Chevènement und de Villiers, die mit einfachen und griffigen Argumenten viele vormalige Pro-Anhänger zu überzeugen wussten. Die Bevölkerung wurde im Zeitablauf immer skeptischer: Wollten im Juni noch 65% mit Ja stimmen, sank die Zustimmung bis Mitte August auf 50% (Kolboom 1993: 14). Als die Regierung auf Druck Mitterrands Anfang September reagierte, gelang es gleichwohl nicht, die Pro-Entscheidung argumentativ auf einen einfachen Nenner zu bringen (Appleton 1992: 10). Die Werbe-Kampagne der Regierung verfiel nicht – eine erstaunliche Parallele zum Verfassungsreferendum. Einzig Giscard d’Estaing vermochte diesbezüglich zu überzeugen und zunehmend traten auch namhafte Persönlichkeiten wie Kommissionspräsident Delors und Hélène Carrère d’Encausse¹¹ in den Pro-Diskurs ein.

¹¹ Die Pariser Professorin hat dadurch Berühmtheit erlangt, dass sie völlig gegen den akademischen Trend und die öffentliche Meinung bereits in den 70er Jahren „Risse im roten Imperium“ (Buchtitel) in Form von Nationalitätenkonflikten in der UdSSR analysiert hatte. Ihre Studie erschien in Deutschland so abwegig, dass nur der Playboy-Verlag sich bereit erklärte, sie zu veröffentlichen.

Mitterrand stellte sich einem Fernsehduell mit Séguin, das er für sich entscheiden konnte (Appleton 1992: 15). Diese Initiativen reichten gerade noch aus, den Anstieg der Nein-Anhänger aufzuhalten. Als schlagendstes Argumentationsmuster der *intégrationnistes* erwies sich die Instrumentalisierung Europas zu einem dreifachen Zweck: Gegengewicht zu den USA, Einbindung Deutschlands und Modernisierung Frankreichs.

Ein ‚Nein‘ im Referendum war auch ein Nein zur politischen Klasse. Die Granden der aktuellen Politik waren für eine Ratifikation, die Opponenten eher Außenseiter. Zudem galt der Staatspräsident wie auch die sozialistische Regierung Bérégovoy zum Zeitpunkt der Debatte als sehr unpopulär – auch diese Parallele zum Verfassungsreferendum ist bemerkenswert. Einzelne Analytiker sehen im Maastricht-Diskurs daher auch einen Beleg für einen nicht unbeträchtlichen *élite-mass split* (Cohen-Tanugi 1993: 37) und eine „Krise der Politik“ (Moreau Defarges 1993). Den Gegnern einer fortschreitenden europäischen Integration gelang es weitgehend, sich als Herausforderer der politischen Klasse darzustellen.

Ein Abgleich der im Diskurs aktivierten Identitätselemente macht Folgendes deutlich: Von den sechs im EVG-Diskurs aufscheinenden Identitätselementen finden sich vier im Maastricht-Diskurs wieder. Lediglich zwei – ‚*Frankreich als Teil des christlichen Abendlands*‘ und ‚*Frankreich als Teil des Westens*‘ – spielen in der Auseinandersetzung um die Verträge zur Europäischen Union keine Rolle mehr.¹² In den ‚realistischen‘ Argumentationen der beiden Diskurse wurden vor allem verschiedene Bedrohungen für Frankreichs Stellung im internationalen System gegeneinander abgewogen, wobei das Gleichgewichtsmotiv nahezu konsensual eingesetzt wurde. Bereits in der EVG-Debatte hatten sich die Warner vor einer Wiederbewaffnung Deutschlands gegenüber den anti-sowjetisch argumentierenden Akteuren letztlich durchgesetzt. Im Maastricht-Diskurs war wiederum Deutschland Dreh- und Angelpunkt der Diskussion. Abermals, und erfolgreicher als in den 50er Jahren, argumentierten die *intégrationnistes*, dass supranationale Lösungen das beste Mittel seien, Deutschland einzubinden. Geblieben ist dabei auch der Rekurs auf ein drittes Identitätselement, das - gegenüber der ‚*Dritten Kraft*‘ leicht modifiziert - ‚*Europa als Gegengewicht*‘ neben der Sowjetunion bzw. Russland und den USA konstruiert. Dieses Element hat die Argumentationsmuster des integrationistischen Lagers angesichts der unipolaren Weltordnung und einschlägiger formativer Ereignisse, die die institutionelle Schwäche Europas im Handeln nach außen offenbarten, gestärkt. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Bedeutung des Vereinigten Königreichs als Allianzpartner für Frankreich in

¹² Diese Elemente sind ‚deaktiviert‘, nicht etwa verschwunden. So war eine Reaktivierung des Elements ‚Frankreich als Teil des Westens‘ in der Tat in den Rezeptionen der Ereignisse vom 11.9.2001 zu beobachten.

den Argumentationen ab-, die Deutschlands eher zugenommen hat. Die neutralistische Argumentation, die sich ehemals für eine Neutralisierung Deutschlands und einen Rückzug Europas aus der Weltpolitik ausgesprochen hatte, ist verschwunden.

Das vierte, sehr wichtige Identitätsmerkmal, ‚*die Bewahrung Frankreichs*‘, hatte im EVG-Diskurs an erster Stelle der gaullistischen *anti-cédistes*-Argumentation gestanden: Mit einer substantiellen Souveränitätsabgabe im Bereich der Verteidigungspolitik sei die Nation in ihren Grundfesten bedroht. Die *souverainistes* standen in dieser Tradition, indem sie argumentierten, dass die Eigenständigkeit und das Außergewöhnliche Frankreichs in zivilisatorischer wie kultureller Hinsicht nur in Abgrenzung zu Europa zu bewahren sei. Während dieses Argument in den 1950er Jahren praktisch unwidersprochen blieb, findet sich im Maastricht-Diskurs eine dezidierte Pro-Wendung des Arguments: So seien die französischen Ideale nur durch und mit der EU zu sichern und zu verbreiten.

In der Referendumsdebatte tauchte ein fünftes Identitätselement auf, das zu EVG-Zeiten nicht aktiviert wurde: ‚*das europäische Frankreich*‘. Die Gegner einer weitergehenden Wirtschaftsintegration warnten vor den Gefahren eines ‚Europa der Konzerne‘ und deuteten Modernität eher in links-progressivem Verständnis als gesellschaftliche Solidarität, die es zu sichern gelte. Im Übrigen entsprach die EG nicht dem Europabild der Vertragsgegner, die ein größeres, aber loser organisiertes Europa bevorzugten (Jung 1999: 73f.). Den Maastricht-Anhängern gelang es demgegenüber, aus ihrer Sicht innenpolitisch notwendige Reformprojekte mit der europäischen Frage zu verknüpfen und das Verhältnis Frankreich-EG als nützliche ‚Zweibahnstraße‘ zu konstruieren.

Roscher (2003: 2) kommt empirisch zu dem Ergebnis, dass ein europäisiertes Nationalstaatskonzept in Maastricht den Sieg errungen hat und zur dominierenden Diskursformation geworden ist (vgl. realistisch-europäische Diskursformation im Anhang). Gleichwohl blieben die Souveränisten wirkungsmächtig (ebd. 220). Doch nach wie vor stellt die integrationsfeindliche, realistisch-autonome Diskursformation eine bedeutende und stabile Kraft dar (vgl. Anhang). Diese einst dominierende Diskursformation ist im Zeitablauf schwächer geworden, was an der Spaltung der RPR in der Maastricht-Debatte abzulesen war.¹³ In Maastricht wurde sie durch eine realistisch-europäische¹⁴ (eben nicht idealistische) herausgefordert: Nur durch die Unterstützung der idealistischen Formation, die Stärkung des Elements der Dritten Kraft/des Gegengewichts, das Werteexportargument nach Europa sowie

¹³ Die Wandlung des ehemaligen gaullistischen Premiers Jacques Chaban-Delmas kann als Beispiel dienen: War er in der EVG-Debatte noch als fester Gegner einer weitergehenden Integration in Erscheinung getreten, so engagierte er sich mit unveränderter Grundeinstellung, aber anderer Argumentation, sehr aktiv in Pro-Maastricht Aktionen (Mazzucelli 1997: 235).

¹⁴ Schubert (1989: 559) nennt diese Strömung ‚Euro-Gaullisten‘, Sylvie Goulard (2000: 3) spricht von *Européens de raison* oder *euro-réalistes*.

das umgekehrte Argument der Verknüpfung von europäischen mit französischen Reformprojekten gelang es ihr, sich knapp im Diskurs durchzusetzen. Ein Rückzug Frankreichs vom Projekt der europäischen Integration konnte zu diesem Zeitpunkt noch einmal abgewendet, ein Stillstand des gesamten Prozesses verhindert werden. Der GATT-Diskurs zeigt indes, dass die rhetorische Unterstützung Europas nicht mit der Unterstützung der Institutionen einhergeht und insofern auf tönernen Füßen steht.

3.4 Die Debatte um das GATT – ein Frankreich außerhalb Europas

Der Kontext

Im *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) geht es um die Schaffung des Freihandels und somit um internationale Handelspolitik. Seit 1969 haben die EG-Staaten eine Zollunion gebildet, die sich durch einen gemeinsamen Außenzoll auszeichnet. Seitdem ist die Außenhandelspolitik im Prinzip auf die Gemeinschaft übergegangen („ausschließliche Zuständigkeit“), so dass ein Mitgliedstaat nur innerhalb der Gemeinschaftsprozesse Einfluss nehmen kann. Die Mitgliedstaaten mandatieren die Europäische Kommission, die dann international verhandelt. Die Uruguay-Runde sollte sich folgenden Bereichen widmen:

- Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen,
- besonderen Sektoren (tropische Früchte, Landwirtschaft, Textilien, Rohstoffprodukte),
- der Reform der herkömmlichen Regeln des GATT (Abbau der Ausnahmeregelungen, Subventionen und Ausgleichszölle, Streitschlichtung) und das Funktionieren des GATT-Systems,
- den „neuen Themen“ (Dienstleistungen, geistiges Eigentum, Investitionsmaßnahmen).

Die Uruguay-Runde war die achte GATT-Verhandlungsrunde und wurde nach ihrem Eröffnungsort Punta del Este in Uruguay (20.9.1986) benannt. Sie sollte eigentlich nur vier Jahre dauern; währte allerdings doppelt so lange bis zum 15.4.1994, so dass die Bestimmungen mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO erst zum 1.1.1995 in Kraft treten konnten. Die Uruguay-Runde ist – angesichts der Stagnation der Doha-Runde - bis heute die wichtigste und größte Reform des internationalen Handelssystems geblieben.

Fortschritte auf dem Weg zum Freihandel müssen in langwierigen Verhandlungsrunden zwischen den Staaten ausgehandelt werden. Vergegenwärtigt man sich die Länge und Komplexität der Verhandlungen mit Hunderten von Akteuren, ist es nicht verwunderlich, dass es immer wieder zu *deadlocks* zwischen einigen wenigen Akteuren gekommen ist, wodurch die gesamten Verhandlungen stillstanden. Die französische Außenpolitik spielte in diesen Verhandlungen eine herausragende Rolle, denn:

„France was at the centre of the controversy because its continuing refusal to agree to the proposal became the EC’s refusal“ (Epstein 1997: 188).

Frankreichs Verhalten lässt sich wie folgt charakterisieren (Stahl 2006: 157f.): Bis zum Regierungswechsel 1993 weigerte sich Frankreich, überhaupt konstruktiv zu verhandeln. Dies zeigte sich

- in der durchweg skeptischen Haltung Frankreichs, im Bereich Agrargüter und später audiovisuelle Medien abzuschließen,
 - im steten Bestreben, Verbündete für die eigene Blockade-Position zu gewinnen,
 - in der durchgängigen Drohung mit einem Veto 'aus nationalem Interesse' für den Gesamtabschluss,
 - im standfesten Bemühen, die Verhandlungsführung der Kommission eng zu kontrollieren.
- Selbst enormer diplomatischer Druck der USA, der Kommission sowie der EG-Partner haben Frankreich lange Zeit nicht zum Einlenken bewegen können. Für viele internationale Beobachter und Analytiker war eine solche Positionierung rätselhaft:

„La France (...) a longtemps adopté une position suicidaire sur le dossier de l'intégration européenne et de la négociation du GATT“ (Saint-Étienne 1993: 388).

Erst der Regierungswechsel im Frühjahr 1993 (Abwahl der sozialistischen Regierung Bérégovoy, Amtsantritt der bürgerlichen Regierung Balladur) brachte eine Flexibilisierung der französischen Position. Der Verhandlungsabschluss war jedoch ein Kunststück, denn schliesslich war die Position der Gaullisten zum GATT bis dahin noch extremer und un-nachgiebiger gewesen als die der sozialistischen Regierung. Erst durch eine dramatische Sitzung des Rates der EU mit anschließender geglückter Vertrauensabstimmung der Regierung Balladur in der Nationalversammlung konnten die Uruguay-Runde abgeschlossen werden.

Die Argumentationen

<i>Identitätselemente (ultimative Argumente)</i>	<i>Argumentationsmuster</i>	<i>Handlungsempfehlung</i>
Das europäische Frankreich	<ul style="list-style-type: none"> • 'Dritter Weg' zw. Freihandel und Protektionismus erstrebenswert • Europa als Sozialmodell zu erhalten • Europ. Kommission vertritt nicht frz. Interessen 	contra GATT contra contra
Bewahrung Frankreichs	<ul style="list-style-type: none"> • Verrat am ländlichen Frankreich 	contra
Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts	<ul style="list-style-type: none"> • Frankreich als Fürsprecher der europ. Bauern • Aggressive Verhandlungsführung der USA gegenüber EG/EU • Deutschland auf Frankreichs Seite, geeintes Europa (nach 9/1993) 	contra contra pro
Frankreich als Großmacht	<ul style="list-style-type: none"> • USA sucht 2. Agrargroßmacht klein zu halten • mangelnder Einfluss Frankreichs in EG/EU • WTO als Ordnungsrahmen für USA • nationaler Mut vonnöten, Isolierung zu beenden (nach 8/1993) 	contra contra pro pro
Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Bedrohung der kulturellen Identität Europas 	contra

Tabelle 3. Die GATT-Debatte (zusammengefasst aus: Stahl 2006: 145-190)

Schlussfolgerungen

Der GATT-Diskurs legt Zeugnis ab von einem fast nicht-existierenden liberalen Gedankengut in Frankreich. Dabei halten sich Akteure wie der Arbeitgeberverband, die liberale Positionen vertreten müssten, sogar bewusst zurück – wohl, um die viel stärkeren Gegenpositionen nicht noch zu provozieren (übrigens eine Parallele zum Verfassungsvertrag). Vielmehr wird Frankreich als Vorkämpfer des ländlichen Europas konstruiert, das mit seinem 'dritten Weg' zwischen Liberalismus und Protektionismus gegen den angelsächsischen Ultraliberalismus zu Felde zieht. Eine zweite argumentative Stoßrichtung begreift den französischen Widerstand als beispielhaft für die kulturelle Identität Europas (*l'exception culturelle*). Die europäischen Institutionen – insbesondere die Kommission – steht dabei jedoch auf der falschen Seite und konsequenterweise forderte Frankreich ihre Kontrolle und dauerhafte institutionelle Schwächung. Ihre Rolle als Sündenbock war allgegenwärtig, wie ein Zitat des damaligen Vorsitzenden des Jungbauernverbandes (CNJA) Christian Jacob – nun Minister im Kabinett de Villepin - belegt:

„L'Europe vit aujourd'hui son heure de vérité: en ce moment même à Washington, deux Anglo-Saxons [die EG-Kommissare MacSharry und Andriessen, Anm. d.A.] s'appêtent à sacrifier l'idéal d'une construction européenne humaniste et solidaire aux intérêts

mondialistes des capitaux et des marchands. Ce reniement serait la plus grande humiliation diplomatique de l'Europe depuis sa création.“¹⁵

Diese Sicht der Dinge war in Frankreich völlig konsensual. So sprach etwa Jacques Chirac von einem „(..) *véritable complot contre l'agriculture*“, das von den Kommissaren als „*super-chef d'Etat*“ initiiert worden sei, um die Gemeinsame Agrarpolitik zu unterminieren.¹⁶ Diese Argumentationsmuster enthielten sämtlich eine Ablehnung des *Blair House* Kompromisses zwischen der EG und den USA – aber damit war Frankreich innerhalb wie außerhalb der EG gänzlich isoliert. Die Regierung Bérégovoy drohte der EG mit einem Veto aus nationalem Interesse – die institutionelle Absicherung des Realitätsverlusts. Der Regierung Balladur gelang der Abschluss nur, weil die Kohl-Regierung plötzlich 'umkippte' und der EG-Rat mit einer semantischen Umdeutung des *Blair House* Kompromisses Frankreich entgegenkam.

Der Diskurs zeigt auch, dass der Maastricht-Erfolg nicht substanziell war: Das Modernisierungs- und Wettbewerbsargument tauchte nicht auf, Europas Kultur und Landschaft sind zwar erhaltenswert, das politische Europa aber bleibt instrumentell und seine Institutionen stellen sogar eine Gefahr für Frankreichs Interessen dar. Der GATT-Diskurs offenbart bereits eine negative Europa-Wahrnehmung, die im Verfassungsreferendum erneut zum Tragen kommen sollte. Des weiteren bestätigt der GATT-Diskurs, dass in Maastricht mitnichten rein ökonomische oder utilitaristische Argumente das 'Ja' befördert haben, sondern diese durch sicherheitspolitische Argumentationsmuster überlagert wurden. Dass 'Europa' indes sicherheitspolitisch auch umstritten ist, zeigt der Kosovo-Diskurs.

3.5 Die Kosovo-Debatte – Frankreich und der Balkan sind Europa

Der Kontext

Die Kosovokrise war Teil der Tragödie um das Auseinanderbrechen des ehemaligen Jugoslawiens im Laufe der 1990er Jahre. Im Unterschied zu den Kriegen in Kroatien und Bosnien entschloss sich die Staatengemeinschaft diesmal früher einzugreifen. Nachdem eine Vermittlung zwischen den Konfliktparteien (Regime Milošević und die UCK) in Rambouillet im Frühjahr 1999 gescheitert war, entschloss sich die NATO mit militärischen Mitteln, Belgrad zum Einlenken zu bewegen und bombardierte militärische Einrichtungen und Infrastruktur in Serbien (24.3.1999-10.6.1999). Dieses Eingreifen war in vielen westeuropäischen Staaten sehr umstritten und löste eine Diskussion um Ziele, Folgen und Legi-

¹⁵ Zit.n. „*Alors que les négociations sur le GATT ont repris entre L'Europe et les Etats-Unis. Paysans et policiers se sont violemment affrontés devant l'ambassade américaine*“ (Fiche documentaire), Le Monde v. 20.11.1992, S.8.

¹⁶ Zit.n. Olivier Biffaud: „*Critiquant M. Delors et la Commission de Bruxelles. M. Chirac dénonce un 'complot contre l'agriculture'*“, Le Monde v. 7.12.1991, S.10.

timation der westlichen Intervention aus. Frankreich spielte nach übereinstimmender Einschätzung der Beobachter im Konflikt eine sehr wichtige Rolle und zeigte sich besonders engagiert. Einerseits sah sich Paris durch die Krise herausgefordert, andererseits wurde die französische Außenpolitik innenpolitisch sehr stark angegriffen: Der Kosovokonflikt

„(..) was viewed as a conflict centred upon the issue of identity where what was at stake was the expression of national identity, and of the recognition of this identity on the world stage“ (Lamizet und Debras 2001: 106).

Zwar hatten einige Experten, die die Entwicklungen in der Region aufmerksam verfolgten, bereits Anfang 1998 auf das eskalierende Kosovo-Problem aufmerksam gemacht, jedoch kam eine lebhaftere Debatte in Frankreich erst in Gang, als Bomben der NATO auf Belgrad fielen (2./3.4.1999).¹⁷ Die französischen Entscheidungsträger zeigten sich – trotz *Cohabitation* - geschlossen, vor allem, wenn man in Rechnung stellt, dass zu dieser Zeit der Europawahlkampf vor der Tür stand und die *Cohabitation* fast das gesamte politische Spektrum abdeckte: Sozialisten (inklusive *Mouvement des citoyens*), Grüne und Kommunisten bildeten zusammen die Regierung, während Staatspräsident Chirac der oppositionellen RPR angehörte. Premierminister Jospin und Staatspräsident Chirac demonstrierten in der Kosovofrage eine bemerkenswerte Einigkeit.¹⁸ Gleichwohl lassen sich gerade in der Begründung der französischen Politik unterschiedliche Argumentationsmuster herausarbeiten. Zudem färbte die Einigkeit der Regierung keinesfalls auch auf die Parteien ab: Sie waren in der Frage extrem zerstritten, was auch für die Linke – in großem Unterschied zum Zweiten Golfkrieg – galt (Lamizet und Debras 2001: 115): Nicht einmal die Kommunistische Partei (PCF) war in der Frage der Luftschläge einer Meinung,¹⁹ einzig die *Front National* wusste sich in seiner Ablehnung der Luftschläge einig.²⁰ Staatspräsident Chirac und Premierminister Jospin gelang es im Laufe der Debatte, neue Begründungen für die französische Kriegsteilnahme zu finden und sich damit argumentativ durchzusetzen.²¹

¹⁷ Vgl. Isabelle Bourgeois: „Meinungsfront Kosovo. Wie in Frankreich über den Krieg berichtet wird“, epd medien Nr.27 v. 14.4.1999, <http://www.epd.de/medien/1999/27leiter.htm> [15.08.00], S.1-6 (2).

¹⁸ Vgl. Denis Jeambar: „La France dans la guerre“, L'Express v. 15.4.1999, S.26-28 (27).

¹⁹ Vgl. Pascal Virot: „Liste PCF : tous d'accord pour être en désaccord sur le Kosovo. La cacophonie n'effraie pas les candidats aux européennes“, Libération v. 8.4.1999, S.15.

²⁰ Die *Front National* war zu dieser Zeit in zwei Lager zerfallen: Das des FN-Gründer Le Pen und in das seines Widersachers Bruno Mégret. In der Kosovo-Krise trugen sie aber ähnliche Argumente vor.

²¹ In einer am 22.4.1999 im *Express* veröffentlichten Umfrage äußerten sich 63% der Befragten zustimmend zu einem Einsatz von Bodentruppen, wenn die Luftschläge nicht den erhofften Erfolg zeitigen würden. 64% sahen die bisherige Strategie als verfehlt an. Allerdings glaubten zu diesem Zeitpunkt noch 42% (gegen 56%) an eine Verhandlungslösung mit Milošević und zwei Drittel der Befragten erteilten einer Verallgemeinerung des Prinzips der ‚humanitären Intervention‘ eine Absage. Die *Cohabitation* erhielt gute Noten, denn 59% fanden, dass Frankreich sich verstärkt in die Krise eingebracht hat.

Die Argumentationen

<i>Identitätselemente (ultimate Argumente)</i>	<i>Argumentationsmuster</i>	<i>Handlungsempfehlung</i>
Das europäische Frankreich	<ul style="list-style-type: none"> • Anspielung an 1938 (Versagen Europas) • Europäisierung des Balkans nötig 	pro Luftschläge pro
Bewahrung Frankreichs	<ul style="list-style-type: none"> • Historische Verantwortung der <i>nation</i> für Menschenrechte • Fehlende nationale und internationale Legitimation 	pro contra
Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts	<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortung Frankreichs als Repräsentant Europas in der Kontaktgruppe/Verhandlungsführer • Willfährigkeit gegenüber USA (<i>suivisme</i>) 	pro contra
Frankreich als Großmacht	<ul style="list-style-type: none"> • Historische Freundschaft zu Serbien • Vermittlerrolle verlangt Neutralität • Einfluss auf Konfliktverlauf (Rang) • drohende Destabilisierung der Region 	contra contra pro pro
Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Verbrechen auf 'unserem' Boden • Europa moralisch gefordert 	pro pro
Frankreich als Teil des christlichen Abendlands	<ul style="list-style-type: none"> • USA betreiben Schwächung des christlichen Abendlandes 	contra

Tabelle 4. Die Kosovo-Debatte (zusammengefasst aus: Stahl 2006: 191-240)

Schlussfolgerungen

In der ersten Phase des Konflikts wurde die französische Außenpolitik vor allem von Außenminister Védrine geführt²² und nicht diskursiv herausgefordert. Védrines Rhetorik bediente dabei verschiedene Identitätselemente, vor allem ‚*Frankreich als Großmacht*‘: Die neutrale Vermittlerrolle in Rambouillet, die sehr engagierte initiative Politik sowie die Betonung der Einheit der internationalen Großmächte angesichts der andauernden Konflikte auf dem Balkan ließ Frankreich einen evidenten, entscheidenden Part in der Kosovokrise zukommen. Zugleich agierte *Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts*, indem es sich situativ mit anderen europäischen Großmächten (Deutschland, Großbritannien) zusammenfand, um eigenständige Politikinitiativen zu lancieren und einen ‚europäischen Stil‘ zu betonen. Die Einbeziehung Russlands wurde stets gefordert, um einerseits die Interesseneinheit der Großmächte unter Beweis zu stellen, und zum anderen die Hegemonie der USA zu balancieren. Die Argumentationslinie, die den Balkanstaaten den Weg nach Europa erst ermöglichen wollte, machte zugleich klar, dass der Balkan noch exklusiv verstanden wurde: die Region lag noch außerhalb des politischen Europas.

Nach dem Bekanntwerden der Massaker in der Drenica und in Racak entschieden sich Staatspräsident und Regierung – wie schon im Zweiten Golfkrieg und in Bosnien – für ein

²² Stahl 2006: 210ff. und für die Vielzahl der Äußerungen Védrines im Laufe des Jahres 1998 ebd. 302.

militärisches Eingreifen unter Führung der USA. Nachdem Frankreich bereits an den Bombenangriffen aktiv teilnahm, brach eine heftige Debatte um deren Sinn und Legitimation los und die Linie der Regierung geriet unter Beschuss (Stahl 2006: 214ff.). Die Kritik an den Luftschlägen seitens der Komunisten, der extremen Linken, der FN sowie der *souverainistes* fußte vor allem auf einer stärkeren Akzentuierung der Identitätselemente ‚*Frankreich als Großmacht*‘ und ‚*Europa als Gegengewicht*‘: Der Status und der Einfluss Frankreichs könne eher durch ein Beiseitestehen sichergestellt werden als durch eine Kriegsteilnahme; Serbien als historischer Verbündeter Frankreichs in der Region müsse weiterhin unterstützt werden. Eine Schwächung Jugoslawiens würde auch eine Schwächung des französischen Einflusses in der Region bedeuten.

Die Wende zugunsten der Regierung erfolgte, indem Chirac mit Unterstützung der *nouveaux philosophes* eine neue Argumentationskette aufbaute:²³ Nur das verbrecherische Regime, genauer eigentlich nur Milošević sei für die Taten und Konflikte im Kosovo verantwortlich. Er nahm damit von einem in der französischen Elite dominierenden Konfliktbild des Balkans Abschied, das in historisch beladenen hochkomplexen ethnischen Differenzen im Verein mit internationaler Machtpolitik die Ursache für die Konflikte gesucht hatte. In einem rhetorischen Kunstgriff spaltete Chirac den einheitlichen Akteur Serbien auf und unterschied nunmehr zwischen dem (guten, unschuldigen) serbischen Volk und seinem verbrecherischen Regime unter Führung Miloševićs. Dadurch konnte er zum einen weiter an die Argumentationslinie der serbo-französischen Freundschaft anknüpfen und sich gleichzeitig an den Militäraktionen gegen das Regime beteiligen. Frankreich kämpfte nicht etwa auf Seiten der Kosovo-Albaner, sondern auf Seiten des serbischen Volkes gegen seine Unterdrücker.²⁴ Die Ereignisse im Kosovo glichen einer menschlichen Tragödie ungeheuren Ausmaßes, die Würde des Menschen werde mit Füßen getreten. Angesichts dessen könne eine Nation wie Frankreich, die sich der Verteidigung ebendieser Menschenwürde verschrieben hätte, nicht schweigen. Im Gegenteil, ein Beiseitestehen sei unehrenhaft und feige. Hiermit gelang es ihm, die Emotionen der Fernsehbilder mit einem abstrakten moralischen Prinzip und damit mit dem Identitätselement der ‚*Bewahrung der Nation*‘ zu verknüpfen. Er sicherte dieses Argumentationsmuster zudem mit einem Bezug zum ‚*Frankreich als Teil einer Schicksalsgemeinschaft Europa*‘ ab, indem er den Balkan jetzt inklusiv konstruierte: Jugoslawien und die gesamte Region gehörten zu Europa, zu ‚*unserer Erde, unserem Kontinent*‘. Die Exzesse geschähen somit nicht irgendwo, sondern ‚*bei uns*‘:

²³ Vgl. Stahl 2006: 223ff. und die dort angegebenen Primärquellen für Chiracs Rhetorik..

²⁴ Diese Deutung wird auch durch den Besuch Chiracs in Serbien bestätigt, als der Staatspräsident sich an Ehrbezeugungen zugunsten der Opfer der Bombenangriffe beteiligte. Präsident Koštunica hob seinerseits hervor, „(...) die Qualität und die Langlebigkeit der französisch-serbischen Beziehungen werde die Wandlungen der Politik und der Diplomatie immer überstehen“. Zit.n.: Michaela Wiegel: „Freundschaft, die von Herzen kommt“, FAZ v. 11.12.2001, S.4.

Ein Nichtstun wäre somit unmöglich. Zusätzlich weckte der Staatspräsident mit seiner Anspielung an München 1938 die Erinnerung an ein peinliches Kapitel westlicher Politik, als Frankreich als große Macht versagt und Hitler nicht rechtzeitig Einhalt geboten hatte. Die Luftschläge selbst stellten in dieser Sicht keine Eskalation dar, sondern würden helfen, eine solche zu vermeiden. Diese Argumentationskette von Chirac hatte große Überzeugungskraft, da sie moralische Werte, historische Erfahrungen, die aktuellen Informationserlebnisse der Bildberichterstattung und sicherheitspolitische Notwendigkeiten miteinander verband. Die verstärkte Rekurrenz auf die Identitätselemente ‚*Bewahrung der Nation*‘ und ‚*Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft*‘ erwies sich als schlagend, da sich so realistische (die Sorge um das regionale Gleichgewicht) mit idealistischen Argumenten (Menschenrechte) verbinden ließen. Der Diskurs zeigt, dass idealistische Argumente doch zu überzeugen vermögen und sie Teil des rhetorischen Repertoires der Entscheidungsträger sind.

Die Tatsache, dass die Kritiker des Angriffs auf Serbien die ‚üblichen Verdächtigen‘ waren - also die Scheidelinie zwischen *pro-* und *anti-frappes* ähnlich dem Maastricht-Referendum verlief -, verdeutlicht, dass das Schisma der Diskursformationen nicht nur für das Europaverständnis, sondern generell für die Außenpolitik gilt.

Gehen wir nun zum Verfassungsreferendum, dem jüngsten Menetekel von Frankreichs Problemen mit Europa.

3.6 Das Verfassungsreferendum – Europa als Erfüllungsgehilfe der Globalisierung

Kontext

Am 29. Mai 2005 stimmten 54,87% der Franzosen gegen und nur 45,13% für den europäischen Verfassungsvertrag (VV). Als wenig später sich die Bürger eines weiteren Gründungsmitglieds der EG – der Niederlande – dem französischen Votum anschlossen, entschied der Europäische Rat, den Ratifizierungsprozess auf unabsehbare Zeit zu suspendieren: Die europäische Integration erlebt ihre schwerste Krise seit dem Luxemburger Kompromiss vor fast 40 Jahren. Diese Krise kam plötzlich, aber – eingedenk der Geschichte der europäischen Integration – nicht unerwartet. Denn die Europäische Union hatte die Warnschüsse des dänischen Maastricht-Referendums und des irischen Nizza-Referendums ignoriert – einzig ein 'Reflektionsartikel' wurde in den Vertrag von Nizza aufgenommen. Das hochanfällige²⁵ Ratifikationsverfahren wurde trotz der vermehrten Risiken (mehr Mitglieder

²⁵ Bereits die bloße Mathematik hätte zu denken geben können: Nimmt man die Chance für ein Ja in einem Referendum mit 50% an und geht von nur sechs Abstimmungen aus, so liegt die Wahrscheinlichkeit, dass keinerlei Probleme auftreten, bei nur 1,5%....

bedeuten mehr Abstimmungen, gewünschte Politisierung als 'Verfassungsprojekt') in seiner kruden Form beibehalten, mit den folgenden Widersprüchen belastet:

- Es werden in der Abstimmung keine politischen Alternativen zur Wahl gestellt, sondern nur eine Ja/Nein-Entscheidung ist möglich. Während die Folgen eines Ja klar sind, werden die eines Neins bewusst unklar gehalten (kein 'Plan B', praktisch keine institutionellen Vorkehrungen).
- Die Abstimmungen finden in verschiedener Form (Parlament, Referendum) und an verschiedenen Terminen statt. Es gibt demzufolge keine 'europäische' Debatte, sondern nur eine Kette nationaler Debatten, deren Ausgang jeweils folgende Debatten beeinflussen.
- Die Abstimmungen erfolgen post-faktisch, also nachdem der Verfassungsvertrag bereits ausverhandelt und sogar unterschrieben ist. Der Diskurs kann also keinen Einfluss mehr auf die Ausgestaltung nehmen und wirkt zwangsläufig pseudo-demokratisch.

All diese Probleme waren seit 1992 bekannt und es spricht nicht für die Reflektionsfähigkeit der EU, dass sie diese nicht angegangen ist. Es mag dabei eine Rolle gespielt haben, dass die Deutlichkeit der Wahlausgänge in den MOE-Beitrittsländern die niederschmetternden Erfahrungen der Norwegen-Referenden, der skandinavischen Euro-Referenden sowie des EWR-Referendums in der Schweiz hat vergessen lassen.

Die Argumentationen

<i>Identitätselemente (ultimate Argumente)</i>	<i>Argumentationsmuster</i>	<i>Handlungsempfehlung</i>
Das europäische Frankreich	<ul style="list-style-type: none"> • Verfassung als Notwendigkeit und Kompromiss • anderes Europa ist möglich 	pro VV contra
Bewahrung Frankreichs	<ul style="list-style-type: none"> • frz. Werte und Sozialsystem werden weiter exportiert • Bedrohung der Nation und des frz. Sozialmodells 	pro contra
Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts	<ul style="list-style-type: none"> • Verfassung stärkt Europas Einfluss in der Welt • Verfass. ist Symbol des angel-sächsischen Ultraliberalismus und schwächt europ. Sozialmodell 	pro contra
Frankreich als Großmacht	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung würde Frankreichs Einfluss schwächen • Frankreichs Einfluss durch Supranationalisierung und Erweiterungen geschwächt 	pro contra
Frankreich als Teil einer europäischen Schicksalsgemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Frieden und Wohlstand erhalten • historische Mission der Überwindung des Nationalstaats vorantreiben 	pro pro
Frankreich als Teil des christlichen Abendlands	<ul style="list-style-type: none"> • Bedrohung durch Türkeibeitritt 	contra

Tabelle 5. Das Verfassungsreferendum

Schlussfolgerungen

Bereits in der Motivlage ergeben sich die ersten Parallelen zum Maastricht-Referendum. Genau wie Mitterrand glaubte Chirac an eine sichere Mehrheit, und beabsichtigte, Frankreichs Rolle in Europa durch ein überzeugendes Ergebnis – vor allem im Vergleich zum Vereinigten Königreich – stärken zu können (Schild 2005: 189). Hatte es Mitterrand mit dem Referendum in der Tat geschafft, die damaligen oppositionellen Gaullisten zu spalten, so fuhr Chirac eine Retourkutsche und zielte – mit Erfolg - auf die Spaltung der Sozialisten. Der Preis, den er dafür zahlte, war hoch: „*A severe crise d’identité*“ führte zu einem „*Tsunami politique*“.²⁶ Dem Staatspräsidenten gelang es in der Folge nicht, die Abstimmung von der Zustimmung zu seiner Person zu trennen. Ruft man sich in Erinnerung, dass sich Chirac 1992 selbst aus der Debatte zurückgezogen und sich nur 'als Privatmann' zum EU-Vertrag geäußert hatte, eben um nicht Mitterrand unterstützen zu müssen, so erscheint dies als eine Ironie der Geschichte.

Eine weitere Parallele besteht in der Beobachtung, dass die politischen Parteien ähnlich gespalten waren wie 1992. Einzig der *Front National* vertrat eine eindeutige (ablehnende) Position, sogar die PCF war diesmal gespalten und ähnliches galt für Gewerkschaften und Zivilgesellschaft (Larhant 2005: 3ff.). Der *élite-mass split* vertiefte sich durch das Referendum weiter und komplettierte in gewisser Weise den Schock der Präsidentschaftswahlen vom 21.4.2004, als der Führer der rechtsextremen *Front National* den sozialistischen Kandidaten Jospin ausgestochen hatte.²⁷ Auch die Beobachtung, dass alle führenden Medien Frankreichs in der Debatte der Pro-Seite zuneigten,²⁸ spricht für einen *élite-mass split*: Die Unzufriedenheit mit dem Vertragswerk artikulierte sich demzufolge verstärkt im Internet (Websites der Vertragsgegner, Blogs).

Wirft man einen oberflächlichen Blick auf die zahlenmäßige Stärke der politischen Formationen, hätte es keine Probleme mit der Ratifikation geben dürfen.²⁹ Doch die oben skizzierte Bedrohung des französischen Wirtschaftsmodells durch ein ‚ultraliberales Europa‘ verdingt unter den Anhängern der eigentlich pro-europäischen sozialistischen Partei. Der Sieg

²⁶ So der Titel eines Artikels im *Economist* vom 28.5.2005 sowie die Schlagzeile von *La Tribune* vom 30.5.2005.

²⁷ Dieses Gefühl wurde vielfach mit einem „*ras-le-bol général*“ umschrieben, siehe dazu beispielsweise die Berichterstattung in den Tageszeitungen *Libération* und *Le Monde* vom 30.5.2005, den Kommentar „Das Publikum verlässt den Saal“ in der FAZ v. 13.6.2005, sowie den Editorial von Hanns W. Maull: „*The Melt-down of European politics*“, Newsletter zur Deutschen Außenpolitik, http://www.deutsche-aussenpolitik.de/digest/op-ed_inhalt_17.php [21.6.2005].

²⁸ Jörg Altweg: „*Frankreich vor dem Referendum. Jasager und Neinmeiner*“, in: FAZ v. 24.5.2005, S.46.

²⁹ Vgl. Dominique Reynié: « *29 mai 2005, un paysage dynamité* », Analyse, Institut Robert Schuman, <http://www.robert-schuman.org/oe/france/referendum/resultats.htm> [12.09.2005].

im Referendum ist durch Überläufer der PS (prominent vertreten durch den ehemaligen Premier Laurent Fabius) und der Grünen möglich geworden.³⁰

Analytisch betrachtet spaltete sich die realistisch-europäische Diskursformation und die ‚abgefallene‘ Fraktion verband sich in ihrer Handlungsempfehlung ‚Nein zum Verfassungsvertrag‘ mit der realistisch-autonomen Diskursformation, die den Vertrag mit den bekannten, souveränistischen Argumenten bekämpfte. Nach der EVG ist damit ein weiteres europäisches Großprojekt an der mangelnden Unterstützung der Linken in Frankreich gescheitert.

Das weithin vorherrschende instrumentelle Europaverständnis wurde darin deutlich, dass die Pro-Anhänger Standardargumente frühere Diskurse in der Debatte weiter gepflegt haben: die Stärkung des europäischen Gewichts in der Welt, Notwendigkeitsargumente im Hinblick auf eine besseres Funktionieren der Institutionen sowie ein Warnen vor den Konsequenzen einer Nichtratifizierung, was Frankreichs Einfluss in Europa schmälern würde.³¹ Dies waren realistisch-europäische Argumentationen, die vorwiegend auf ‚*Frankreich als Großmacht*‘ und ‚*Europa als Gegengewicht*‘ rekurrierten. Die Hauptargumentation der Gegner war jedoch damit nicht zu kontern, denn diese stellten vor allem auf die *Bewahrung Frankreichs* ab, die Bedrohung seines Wohlstands wie seines Gesellschaftsmodells durch den 'Ultra-liberalismus', wie ihn die Verfassung verkörpere. Nichts brachte diese elementare Bedrohung der Nation besser auf den Punkt als der radikale Anti-Globalist und Bauernführer José Bové mit seiner Forderung, zweihundert Jahre nach der Bastille müsse nun der Verfassungsvertrag zerstört werden (zit.n. *Economist* 28.5.05). Die Verfassung als ordnungspolitisch neutralen Rahmen zu definieren, misslang den Pro-Anhängern, obwohl doch die gleichzeitige Ablehnung des Verfassungsvertrages durch viele Liberale – etwa den *Economist* – die extreme Wahrnehmung der Vertragsgegner offenbarte. Präsident Chirac hatte noch in Fortsetzung der Maastrichtargumentation den Verfassungsvertrag als „Tochter von 1789“ darzustellen versucht (zit.n. Schild 2005: 199). Damit betonte er noch einmal die Attraktivität des ‚*Europäischen Frankreichs*‘ und der ‚*nation*‘. Ruft man sich das Eingangszitat dieser Studie in Bezug auf die französische Identität noch einmal in Erinnerung, so waren die Pro-Anhänger beim ‚*faire l'Europe*‘ stehen geblieben, während die Gegner des Verfassungsvertrages bereits beim Zusatz ‚*sans défaire la France*‘ angekommen waren. Das Identitätselement ‚*Europäisches Frankreich*‘ erfuhr einen signifikanten Bedeutungswandel: Europa verändert Frankreich mehr als Frankreich Europa. Insofern glaubten die Verfassungsgegner eher an die Kraft der Europäisierung als die Vertragsbefürworter! Vor

³⁰ Jean-Marie Colombani: ‚*L'impasse*‘, in : *Le Monde* v. 30.5.2005.

³¹ Siehe die Argumentation bei Schild 2005: 191 sowie die statistisch erfassten Argumente der Wähler, IPSOS 2005.

allem den prominenten sozialistischen 'Abweichlern' gelang es darzustellen, dass 'ein anderes Europa' möglich ist, und Frankreich in der Lage ist, substanzielle Neuverhandlungen der Verfassung zu erzwingen. Hieraus spricht nicht nur eine systematische Überschätzung des französischen Einflusses. Diese Argumentation konnte auch deswegen schlecht gekontert werden, weil dies den pseudo-demokratischen Charakter des Referendums und sein instrumentelles Anberaumen offen gelegt hätte.

In der Debatte verknüpften die Vertragsgegner aktuelle politische Themen, die eigentlich außerhalb des Vertrages standen (Türkeibeitritt, Dienstleistungsrichtlinie) rhetorisch geschickt mit der Frage zum Verfassungsvertrag. Sie fanden dabei multiple identitäre Anker: So bedroht die Türkei – von der extremen Rechten als Mantra in die Debatte eingebracht – die Feste des *christlichen Frankreichs*. Und zugleich stehe mit den 'Billigarbeitern aus dem Osten' – eben dem 'polnischen Klempner' – das französische Sozialmodell zur Disposition (*Bewahrung Frankreichs*), und schließlich schwächen weitere Erweiterungen zwangsläufig Frankreichs Einfluss in den Institutionen (*Frankreich als Großmacht*). Als weitere wichtige Themen fungierten die Bolkestein-Richtlinie, Standortverlagerungen von Unternehmen (*délocalisations*), der Einfluss der EZB und das drohende Defizitverfahren im Rahmen des europäischen Stabilitätspakts. Die Tatsache, dass diese Sujets, die eigentlich früheren Vertragswerken zuzurechnen sind, nun gegen den Verfassungsvertrag verwendet wurden, ist vielsagend. Der Blick auf die Beispiele des *Non-Lagers* verdeutlicht, dass 2005 auch wie eine nachgeholte Abstimmung über die Einheitliche Europäische Akte (1986) und den Binnenmarkt erscheint. Dies belegt eindrücklich, dass der permissive Konsens zugunsten der ökonomischen europäischen Institutionen ausgeblieben ist – woran dies liegt, wird abschließend zu erörtern sein.

4. Schluss

Das Verfassungsreferendum hat gezeigt, dass die Europäisierung der politischen Parteien in Frankreich bisher nicht ausreichend geglückt ist. Die Parteien der Mitte wurden regelmässig von außen- und europapolitischen Fragestellungen zerrissen. Den Gaullisten und der UDF ist eine Europäisierung nur um den Preis von populistischen Abspaltungen gelungen, der PS droht nun ein ähnliches Schicksal. Die realitätsfernen Europabilder auf Seiten der Linken sind bemerkenswert stabil und die aufkeimende 'Volksfront-Euphorie'³² der Verfassungsgegner ist ein schlechtes Omen für die zukünftigen außenpolitischen Herausforderungen – sei es die substanzielle Reform der europäischen Institutionen in Form

³² Siehe Karine G. Barzegar auf der Website france-republicaine.fr: *Pour une autre Europe. Le journal permanent du NON à la Constitution européenne*, <http://reseau.over-blog.com/article-406096.html> [16.05.2006].

des Verfassungsvertrages, der Abschluss der Doha-Runde, oder der bevorstehenden Südosterweiterungen der Union.

Die mittel- bis langfristige politische Kommunikationsaufgabe besteht nun darin, den Diskurs in Frankreich an den der Partner heranzuführen, um den 'Realitätsverlust' abzubauen. Hierbei sind zunächst die Medien gefordert, mehr aus den EU-Partnerländern zu berichten und das ARTE-Modell weiter zu entwickeln, um zwischen den immer noch weitgehend getrennten nationalen Diskursräumen Brücken zu schlagen. Darüber hinaus erscheint es erforderlich, das *gentlemen agreement* der Achtung des nationalen Diskursraumes durch die EU-Organe und die EU-Partner aufzugeben. Bislang fungieren die europäischen Organe lediglich als Zuschauer in nationalen Debatten. Die Kommission, Politiker und Persönlichkeiten der EU-Partnerländer müssen sich statt dessen verstärkt in nationalen Diskursen – respektive in Frankreich – engagieren.³³ Dies würde u.a. dazu führen, dass die unselbige Personalunion von nationaler Regierung als ‚Anwalt der europäischen Sache‘, die sich in den Referenden 2005 als fatal erwiesen hat, relativiert würde. Nur so kann a.m.S. einerseits instrumentelle Regierungsrhetorik entlarvt und andererseits verhindert werden, dass 'Europa' dauerhaft als Projekt der (jeweils) herrschenden Eliten wahrgenommen wird.

Die Schwäche der Idealisten in Frankreich ist ein grundsätzliches Problem, denn dies korrespondiert mit einem schwachen affektiven 'Europa' in den Diskursen. 'Europa' erscheint in den französischen Diskursen entweder als weltpolitisches Gegengewicht, das jedoch inhaltlich unbestimmt ist, als 'verlängertes Frankreich' oder schlicht instrumentell. Die Rhetorik des Staatspräsidenten zeigt dabei exemplarisch, dass die politischen Eliten auf all diesen Europa-Klaviaturen zu spielen vermögen: als 'Privatmann' ohne persönlichen Einsatz in Maastricht, als Anti-Europäer in der GATT-Debatte, als idealistischer Verfechter der Menschenrechte im Kosovo-Diskurs und schließlich als engagierter Pro-Europäer aus Notwendigkeit im Verfassungsreferendum.

Die Haltung des Staatspräsidenten verweist exemplarisch auf das französische Kernproblem mit ‚Europa‘ – die 'realistische Dialektik' der Begründungen für die europäische Integration. ‚Dialektisch‘ ist die Rhetorik der politischen Eliten insofern, als die gegebenen Erklärungen für Vertiefungen weit von der Sachlogik der geschaffenen Institutionen entfernt sind. So hatte die Regierung Fabius den Binnenmarkt ja nicht als Mittel gesehen, das die Abschottung der nationalen Märkte überwinden sollte, um durch vermehrten Konkurrenzdruck Wohlstandeffekte zu erzeugen – vielmehr sollte er helfen, die nationale Industriepolitik abzusichern, der asiatischen Herausforderung zu begegnen und sich als 'Dritte Kraft'

³³ Wie die Ergebnisse des PAFE-Projekts zeigen, wäre dies auch für Dänemark, Griechenland und das Vereinigte Königreich zu fordern, vgl. Stahl 2003: 375-77.

des Welthandels zu etablieren (Garrett 1992: 539, 544). Und Mitterrand und die sozialistischen Premiers hatten der Europäischen Zentralbank nicht zugestimmt, weil sie das im Sinne geldpolitischer Stabilität überlegene Modell im Sinne einer erfolgreichen Inflationsbekämpfung anerkannt hätten, sondern um die Dominanz der Bundesbank zu brechen und ein Gegengewicht zum Dollar zu bilden (Dyson und Featherstone 1998: 98). Die situativ vorgetragenen Argumente kreisen jeweils um einen Einflussverlust Frankreichs, Bedrohungslagen und der Sehnsucht nach ‚Gleichgewicht‘ (*‚équilibre‘*) – sämtlich Bausteine der Realistischen Theorie der Internationalen Beziehungen. Der Blick auf das Verfassungsreferendum verdeutlicht, dass die Opponenten die 'realistische Dialektik' der Vergangenheit genutzt haben – praktisch alle Argumente waren bereits früher von den politischen Eliten situativ eingesetzt worden (Maastricht, GATT, Nizza). Die realistische Dialektik hat verhindert, dass jeweils neu geschaffene EU- Institutionen aufgrund ihrer Kernaufgabe akzeptiert wurden – anders gesagt: Das (realitätsferne) Europabild in Frankreich wurde nicht korrigiert. Da nimmt es nicht Wunder, dass sich in den Augen vieler Franzosen der faktische Aufbau Europas immer weiter von der eigenen Projektion entfernte.

Ein zwangsläufiger Bestandteil realistischer Argumentationen sind Bedrohungsfiguren, die sich aus der Wahrnehmung des internationalen Systems speisen. Dies war zu Zeiten der EVG die Angst vor Deutschland und der Sowjetunion, schon damals war das Ergebnis ein „Sieg der Angst“ (Schild 2005) gewesen. 'Deutschland' als Bedrohung ist nun von der 'Globalisierung' abgelöst worden. Hierin liegt jedoch eine gewisse Chance für eine *relance* der deutsch-französischen Beziehungen. Diese hatten vor allem solange gut funktioniert, solange die herrschenden außenpolitischen Identitäten – das 'realistische' Frankreich und das 'zurückhaltende' Deutschland – kompatibel gewesen waren. Jeder deutsche Anflug von 'Normalisierung' oder 'Selbstbewusstsein' (Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, Wiedervereinigung, Lancierung von Europaplänen, Erhöhung der Stimmenzahl im Rat) hatte jedoch automatisch jenseits des Rheins zu Irritationen und Verstimmungen geführt. Ausgehend von einer weiteren 'Normalisierung' Deutschlands würden die deutsch-französischen Beziehungen nur noch als Blockadepaar taugen, wie es gerade in den letzten Jahren schon zu beobachten war (Agrarkompromiss 2002, Aussetzung des Defizitverfahrens im Stabilitätspakt, Dienstleistungsrichtlinie, NATO-Blockade in der Irak-Krise), und wie es sich zukünftig in der Frage der Südoosterweiterung manifestieren könnte. Die Chance besteht in der Tat in einer idealistischen Neubegründung der europäischen Idee, wie sie Kanzlerin Merkel in ihrer programmatischen Rede zur Europapolitik gefordert hat. Eine solche müsste jedoch Eingang in die nationalen Diskurse der EU-Partner finden – für Frankreich müsste dies heißen: *'Plus de civilisation, moins de puissance'*.

Bibliografie

- Appleton*, Andrew (1992): Maastricht and the French Party System: Domestic Implications of the Treaty Referendum, in: *French Politics and Society* 10 (4), S.1-18.
- Aron*, Raymond (1956): Esquisse historique d'une grande querelle idéologique, in: *Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques* 80 (La querelle de la C.E.D. Essais d'analyse sociologique), S.1-23.
- Carmoy*, Guy de (1970): *The Foreign policies of France 1944-1968*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Christadler*, Marie-Louise (1990): Die französische Identität – eine Frage und viele Antworten, in: *Frankreich-Jahrbuch*, Baden-Baden: Nomos, S.33-50.
- Cohen-Tanugi*, Laurent (1993): Les perspectives institutionnelles de l'Union Européenne, in: *Politique Etrangère* No. 1, S.35-42.
- Criddle*, Byron (1993): The French Referendum on the Maastricht Treaty September 1992, in: *Parliamentary Affairs* 46 (2), S.228-238.
- Detke*, Dieter (1981): Pionier der Europäischen Integration: Robert Schuman, in: *Jansen*, Thomas/ *Mahncke*, Dieter (Hrsg.): *Persönlichkeiten der Europäischen Integration*. Bonn.
- Dyson*, Kenneth H. F./*Featherstone*, Kevin (1998): EMU and Presidential Leadership under François Mitterrand, in: *Maclean*, Mairi (Hrsg.): *The Mitterrand Years. Legacy and Evaluation*. New York: Macmillan Press, S.89-111.
- Epstein*, Paul (1997): The Uruguay round of GATT negotiations: limitations on government control of trade policy, in: *Modern & Contemporary France* 5 (2), S.181-197.
- Fauvet*, Jacques (1956): Naissance et mort d'un Traité, in: *Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques* 80 (La querelle de la C.E.D. Essais d'analyse), S.23-59.
- Fauvet*, Jacques (1960): *Von de Gaulle bis de Gaulle: Frankreichs 4. Republik*. Tübingen: Wunderlich, Leins.
- Fontaine*, André (1993): Frankreichs Europapolitik der Widersprüche, in: *Europäische Rundschau* 21 (3), S.51-56.
- Foucault*, Michel (1989): *The Archaeology of Knowledge*. London: Routledge.
- Goulard*, Sylvie (2000): Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich. Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Discussion Paper. Bonn, http://www.zei.de/download/-zei_dp/dp_c62_goulard.pdf, [20.05.2006]
- Hansen*, Lene/*Wæver*, Ole (2002): *European Integration and National Identities. The Challenge of the Nordic States*. London, New York: Routledge.
- Hoffmann*, Arthur/*Knowles*, Vanda (1999): Germany and the Reshaping of Europe. Identifying Interests – the Role of Discourse Analysis. ESRC-IGS Discussion Paper 99/9, Birmingham, <http://www.bham.ac.uk/IGS/knowhoff.pdf> [14.03.2001]
- Hoffmann*, Stanley (1956): Les oraisons funèbres. Du vote du 30 août du 30 décembre 1954, in: *Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques* 80 (La querelle de la C.E.D.), S.59-91.
- Hoffmann*, Stanley (1987): Mitterrand's Foreign Policy, or Gaullism by any other Name, in: *Ross*, George/*Hoffmann*, Stanley/*Malzacker*, Sylvia (Hrsg.): *The Mitterrand Experiment. Continuity and Change in Modern France*. Oxford: Polity Press, S.294-305.
- Hoffmann*, Stanley (1993): French Dilemmas and Strategies in the New Europe, in: *Keohane*, Robert O./*Nye*, Joseph S. Jr./*Hoffmann*, Stanley (Hrsg.): *After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991*. Cambridge (Mass.), London: Harvard University Press, S.127-147.
- Holm*, Ulla (1997): The French Garden Is No Longer What It Used To Be, in: *Jørgensen*, Knud E. (Hrsg.): *Reflective Approaches to European Governance*. Basingstoke, London: MacMillan, S.128-145.
- Howorth*, Jolyon (1996): France and European Security 1944-94: Re-reading the Gaullist 'Consensus', in: *Chafer*, Tony/*Jenkins*, Brian (Hrsg.): *France. From the Cold War to the New World Order*. Houndmills, Basingstoke: MacMillan, S.17-38.
- IPSOS* (2005): Référendum 29 Mai 2005: Le sondage sorti des urnes, 30/05/2005, <http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/poll/8074> [23.06.2005]

- Jepperson, Ronald/Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J.* (1996): Norms, Identity, and Culture in National Security, in: *Katzenstein, Peter J.* (Hrsg.): *The Culture of National Security*. New York: Columbia University Press, S.33-75.
- Joerißen, Britta* (2001): *Europa-Ideen in Deutschland und Frankreich*. Magisterarbeit am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik. Trier: Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/liba/mags.pdf>.
- Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard* (Hrsg.) (2003): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster et al.: LIT.
- Jung, Sabine* (1999): *Europa, made in France. Eine Analyse des politischen Diskurses Frankreichs zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft – von den Anfängen bis heute*. Baden-Baden: Nomos.
- Kassim, Hussein* (1997): French autonomy and the European Union, in: *Modern & Contemporary France* 5 (2), S.167-180.
- Kolboom, Ingo* (1991): Charles de Gaulle und ein deutsch-französisches Mißverständnis über Nation und Europa, in: *Loth, Wilfried/Picht, Robert* (Hrsg.): *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen.
- Kolboom, Ingo* (1993): Frankreich 1992/93. Ein Versuch über die Befindlichkeit oder das Ende der Gewißheiten, in: *Frankreich-Jahrbuch 6*, Baden-Baden: Nomos, S.11-38.
- Kolodziej, Edward A.* (1974): *French international policy under de Gaulle and Pompidou. The politics of Grandeur*. London, Ithaca: Cornell University Press.
- Küsters, Hans-Jürgen.* (1989): The Origins of the EEC Treaty, in: *Serra, Ettore* (Hrsg.): *Il relancio dell' Europa e i trattati di Roma; Actes du colloque de Rome, 25.-28.3.1987*. Bruxelles et al., S.211-238.
- Lamizet, Bernard/Debras, Sylvie* (2001): France: Questions of Identity, in: *Weymouth, Anthony/Henig, Stanley* (Hrsg.): *The Kosovo Crisis. The last American War in Europe?* London u.a: Pearson Education, S.106-121.
- Larhant, Morgan* (2005): Constitutional referendum in France: a mid-term assessment, Project EPIN, www.epin.org/pdf/RM-CR-Larhant180205.pdf [20.05.2006]
- Larsen, Hendrik* (1997): *Foreign Policy and Discourse Analysis. France, Britain and Europe*. London, New York: Routledge.
- Loth, Wilfried* (1995): Die EVG und das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft, in: *Historische Zeitschrift* 21 (Europa im Blick der Historiker), S.191-201.
- Lucas, Hans-Dieter.* (1992): "Europa vom Atlantik bis zum Ural"? Frankreich und das europäische Staatensystem 1958-1969. *Studien zu Europapolitik und Europadenken Frankreichs in der Ära de Gaulle*. Bonn und Berlin: Bouvier Verlag.
- Marcussen, Martin et al.* (1999): Constructing Europe. The evolution of French, British and German Nation-State Identities, in: *Journal of European Public Policy* 6 (4), S.614-633.
- Mazzucelli, Colette* (1997): *France and Germany at Maastricht: politics and negotiations to create the European Union*. New York: Garland.
- Mead, George H.* (1973): *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*. Frankfurt a.M.
- Milliken, Jennifer* (1999): The Study of Discourse in International Relations: A Critique of Research and Methods, in: *European Journal of International Relations* 5 (2), S.225-254.
- Moreau Defarges, Philippe* (1993): La crise du politique et la tourmente de Maastricht, in: *Politique Étrangère*, No. 1, S.93-104.
- Moreau Defarges, Philippe* (1994): *La France dans le monde au XXe siècle*. Paris: Hachette.
- Moreau Defarges, Philippe* (2002): La France et l'Europe: l'inévitable débat, in: *Politique Étrangère* 4/2002, S.951-966.
- Nadoll, Jörg* (2003): Forschungsdesign – Nationale Identität und Diskursanalyse, in: *Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard* (Hrsg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster et al.: LIT, S.167-189.
- O'Neill, Francis* (1981): *The French radical party and European Integration*. Gower: Westmead.

- Parsons, Craig* (2000): Domestic Interests, Ideas and Integration: The French Case, in: *Journal of Common Market Studies* 38 (I), S.45-70.
- Risse, Thomas* (2001): A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities, in: *Martha Green Cowles, James A. Caporaso und Thomas Risse* (Hrsg.): *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*. Ithaca, London: Cornell University Press, S.198-216.
- Roscher, Klaus* (2003): *The Europeanisation of French Distinctiveness. European Integration and the Reconstruction of Nation-State Concepts in Political Discourse*. Ph.D. Thesis. Department of Political and Social Sciences. Florence: European University Institute.
- Ross, George* (1998): The Euro, "The French Model of Society", and French Politics, in: *French Politics and Society* 16 (4 (Fall), S.1-16.
- Rioux, Jean-Pierre* (1985): Französische öffentliche Meinung und EVG: Parteienstreit oder Schlacht der Erinnerungen, in: *Volkmann, Hans-Erich* (Hrsg.): *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft: Stand und Probleme der Forschung*. Boppard a. Rhein, S.159-176.
- Rovan, Joseph* (1992): Suddenly last summer, in: *Dokumente – Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog* 6 (Dezember), S.467-479.
- Saint-Étienne, Christian* (1993): La France et les négociations du GATT, in: *Politique Etrangère* 58, no. 2 (été), S.383-391.
- Schild, Joachim* (2005): Ein Sieg der Angst – das gescheiterte französische Verfassungsreferendum, in: *integration* 3/2005, S. 187-200.
- Schubert, Klaus* (1989): Im Zeichen des Euro-Gaullismus. Ein neuer Pragmatismus, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4, S.545-560.
- Siegfried, André* (1959): *Frankreichs Vierte Republik*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Stahl, Bernhard* (2003): Auswertung: Identitäten und Diskurse im analytischen Vergleich, in: *Joerissen, Britta/Stahl, Bernhard* (Hrsg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster et al.: LIT, pp. 368-381.
- Stahl, Bernhard* (2006): *Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen. Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und der Uruguay-Runde des GATT*, Baden-Baden: Nomos.
- Torfig, Jacob* (2005): Discourse Theory: Achievements, Arguments, and Challenges, in: *Howarth, David/Torfig, Jacob* (Hrsg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave Macmillan, S.1-32.
- Wæver, Ole* (2005): European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe, in: *Howarth, David/Torfig, Jacob* (Hrsg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Government*, Houndmills: Palgrave Macmillan, S.33-67.
- Winkler, Heinrich A.* (Hrsg.)(2004): *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*. Göttingen: Wallstein-Verlag.
- Zeraffa-Dray, Danièle* (1993): Le Mouvement Républicain Populaire et la construction de l'Europe, in: *Trausch, Gilbert* (Hrsg.): *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*. Baden-Baden: Nomos, S.231-241.
- Zølner, Mette* (1998): Reconstructing French Identity in the 1980s and 1990s, in: *Hedetoft, Ulf* (Hrsg.): *Political Symbols, Symbolic Politics: European Identities in transformation*. Ashgate, S.170-189.

Anhang

Die idealistische Diskursformation

Identitätselemente

Frankreich als Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft, Bewahrung Frankreichs (*nation*), Frankreich als Teil des christlichen Abendlands, Frankreich als Teil des Westens, das europäische Frankreich

Wiederkehrende Argumentationsmuster:

Versöhnung mit Deutschland, Überwindung des Nationalstaats, Frieden in Europa, soziales Europa, Werte der französischen Revolution, Menschenrechte, christliche Werte, transatlantische Werte: Demokratie und Aufklärung, Präsenz der europäischen Zivilisation in der Welt, Liberalisierung: Modernisierung und Freiheit

Diskursträger

Mehrheit der UDF, kleiner Teil des atlantischen Flügels der Gaullisten, ‚Europäer‘ in der PS, ein Teil der Grünen, wenige einflussreiche Intellektuelle (*nouveaux philosophes*)

Handlungsempfehlungen

Vertiefung der EU auch durch Souveränitätsabgabe und Supranationalisierung, pro Erweiterung, Vertiefung der dt.-frz. Freundschaft, Stärkung internationaler Institutionen, Zusammenarbeit mit den USA zu diesem Zweck

Bedeutung

eher schwache Diskursformation, aber im Längsschnitt präsent

Quelle: Stahl 2006: 137

Die realistisch-autonome Diskursformation

Identitätselemente

Frankreich als Großmacht, Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts, Bewahrung Frankreichs (*état-nation-patrie*), Frankreich als christliches Land

Wiederkehrende Argumentationsmuster:

Unabhängigkeit als Selbstzweck (*France seule, indépendance*), Eindämmung Deutschlands, Einflussmaximierung durch Gleichgewichtspolitik, frz. Werte und Interessen bedroht durch europäische Integration, Europa der Nationalstaaten, Europa als politisches Instrument zur Herausforderung der amerikanischen Hegemonie, Binnenmarkt bedroht sozialen Frieden und französisches Wirtschaftsmodell, Erweiterung schwächt Frankreich

Diskursträger

Renegaten der UDF, Minderheit der Gaullisten, *Socialisme et République*/MDC, die Kommunisten, ein kleiner Teil der Grünen, ein Teil der Intellektuellen, die CGT, der *Front National*

Handlungsempfehlungen

Unilaterale Interessenpolitik, Stopp der europäischen Integration, strikte *non-compliance*, Erweiterung als loses Projekt ohne Verbindlichkeit, selektive Bündnis- und ad hoc-Kooperationspolitik, Stärkung des französischen Einflusses in internationalen Institutionen, Gleichgewichtspolitik gegenüber USA

Bedeutung

bis 1980er Jahre dominierende Diskursformation, Niederlage in Maastricht, aber Sieg im Verfassungsreferendum

Quelle: Stahl 2006: 139

Die realistisch-europäische Diskursformation

Identitätselemente

Frankreich als Teil eines europäischen Gegengewichts, Frankreich als Großmacht, Bewahrung Frankreichs (*état-nation*), das europäische Frankreich

Wiederkehrende Argumentationsmuster:

Einbindung Deutschlands (Verhinderung ‚Mitteleuropas‘), Frieden in Europa durch Gleichgewichtspolitik, frz. Werte und Interessen exportierbar über Brüssel, Frankreichs Zivilisation und Ausstrahlung (*rayonnement*) als Vorbild für Europa, Europa als *Balancer* der USA, Europa als soziales Modell in Abgrenzung zu den USA, Binnenmarkt ermöglicht Stärkung der frz. Industrie für den Weltmarkt, Primat der Gemeinschaftspräferenz

Diskursträger

Teile der UDF, Mehrheit der Gaullisten, relative Mehrheit der PS, ein Teil der Grünen, ein Großteil der Intellektuellen, die nicht-kommunistischen Gewerkschaften, der Arbeitgeberverband

Handlungsempfehlungen

Ausbau der intergouvernementalen Zusammenarbeit in der EU, bei Einflussverlust auch Souveränitätsabgabe und Supranationalisierung, selektive *non-compliance*, Erweiterung nur bei Stärkung Europas, Pflege der dt.-frz. Freundschaft, Stärkung des französischen und europäischen Einflusses in internationalen Institutionen, koinzidente Zusammenarbeit mit den USA bei drohender Marginalisierung

Bedeutung

seit den 1980er Jahren starke Diskursformation, im Maastricht-Referendum zusammen mit Idealisten Diskurshegemonie

Quelle: Stahl 2006: 140